

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Oesterreichs Arbeiter werden entwaffnet

Wegbahner des Faschismus

Die Heimwehren kündigen neuen Putsch an

Seipels neue Intrigen

Wien, 13. Januar.

Der Freispruch der Pfrimer-Putschisten hat, wie das nicht anders zu erwarten war, dem Heimwehfaschismus in Oesterreich Auftrieb und neue Helfer verschafft. Man muß den Hahnenschwänzern für ihr offiziell verkündetes neues Unternehmen den Weg ebnen. So hat man denn gestern nachmittag eine Durchsuchung des sozialdemokratischen Arbeiterheims im Bezirk Ottakring vorgenommen und, wie verlautet, in einem vermauerten Versteck 750 Manlichergewehre, sechs Maschinengewehre, sechs Maschinengewehrpatronen, über 10 000 Schuß Munition und andere Kriegsgeräte, darunter Handgranaten und Ballons mit Säuren gefunden. Die Waffen wurden beschlagnahmt und auf Lastkraftwagen abtransportiert.

Die Kunde von der Beschlagnahme der Waffen verbreitete sich in Ottakring, einem ausgesprochenen Arbeiterviertel, mit Blitzesschnelle. Vor dem Arbeiterheim, das von einem Polizeikordon abgesperrt war, sammelten sich im Laufe des Abends gegen 2000 Arbeiter an, die die Aktion der Polizei mit Zurufen begleiteten. An einzelnen Stellen kam es zu Zwischenfällen, wobei einige Verhaftungen vorgenommen wurden.

Der Vorstand der Wiener Sozialdemokratie erläßt in der „Arbeiterzeitung“ einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die Waffenlager der Faschisten sind der Regierung bekannt. Sie werden nicht gesucht und nicht gefunden. Wenn aber die Arbeiterschaft, die Republikaner rüsten, um die Freiheit des oesterreichischen Volkes gegen faschistische Hochverräter zu verteidigen, dann rücken Gericht und Behörden aus, ihre Waffen zu beschlagnahmen. Am 13. September sind die Putschisten in Steiermark mit Hunderten von Maschinengewehren und Tausenden von Patronen beschlagnahmt worden. Diese Waffen sind nicht beschlagnahmt worden. In jeder Versammlung verkündet Fürst Starhemberg, daß die Faschisten demnächst mit Waffengewalt die verfassungsmäßige Ordnung der Republik stürzen wollen. Niemand hindert sie an ihren feierhaften Rüstungen. Solange sie rüsten gegen unsere Freiheit, werden wir rüsten, um unsere Freiheit verteidigen zu können. Gelingt es in einzelnen Fällen der offenkundigen Parteilichkeit der Behörden und Gerichte, der Arbeiterschaft einen kleinen Teil ihrer Waffen zu entreißen, so wird die Arbeiterschaft diesen Schaden durch verdoppelte Anstrengungen wettmachen.“

Hinter der Entwaffnungsaktion steht wohl der böse Geist Oesterreichs, der Prälat Seipel, der mit der Denunziation nicht nur einen innerpolitischen, sondern auch einen außenpolitischen Zweck verfolgt, allerdings mit innerpolitischer Rückwirkung. Er will der Regierung Buresch für ihre außenpolitischen Verhandlungen einen Knüppel zwischen die Beine werfen durch die Demonstration, daß Oesterreich keineswegs konsolidiert und kreditwürdig ist. Vielleicht, so hofft der Prälat, kann er dann wieder an die Regierung gelangen und seine Intrigen weiterspinnen.

Der Regierung soll die Denunziation keineswegs angenehm gewesen sein, da die Christlichsozialen im gegenwärtigen Augenblick keinen Konflikt mit der Sozialdemokratie brauchen können. Sie hätte es an sich nicht schwer, ihr Prestige nach innen und außen wieder herzustellen, wenn sie ernsthaft eine unparteiische Entwaffnungsaktion vornehmen würde, die natürlich in erster Linie die Heimwehren treffen müßte. Dazu würde die Sozialdemokratie jederzeit ihre Zustimmung geben, aber freilich nur unter der Voraussetzung einer gleichmäßigen Behandlung. Daß die Regierung Buresch sich dazu aufschwingen könnte, besteht allerdings kaum eine Hoffnung.

Der Appell eines Bergarbeiters

Von einem Bergarbeiter erhalten wir folgenden Brief, von dem wir wünschen, daß er weiteste Beachtung gerade in Bergarbeiterkreisen finde.

Im Herbst 1923 wurde im Reichstag ein Ermächtigungsgesetz angenommen, das den Bergarbeitern ihre Sieben- bzw. Achtstundenschicht raubte, unter der angeblichen Bedingung, daß, sobald die Friedensförderung wieder erreicht sei, auch die Bergarbeiter ihre Sieben- bzw. Achtstundenschicht wieder zurückbekommen. Nach der Stabilisierung setzte die Rationalisierung ein, die besonders im deutschen Bergbau gewaltige und für die Bergarbeiter verheerende Fortschritte machte. Durch das Rationalisieren (soll heißen vernünftig produzieren) wurde im deutschen Bergbau ein Raubbau und ein Antreibersystem eingeführt, das für die Bergarbeiter die schlimmsten Gefahren heraufbeschwor. Im Jahre 1930 wurden die Bergarbeiter im deutschen Steinkohlenbergbau besonders schwer heimgesucht. Ein Massenunglück am 9. Juli auf der Wenzelsgrube in Niederschlesien ergab 151 Tote, ein weiteres am 21. Oktober in Alsdorf, Anna II (Wurmrevier), 272 Tote, acht Tage später auf der Maybachgrube (Saargebiet) 98 Tote und wieder ein paar Wochen später auf der Grube Eschweiler-Reserve (Wurmgebiet) 32 Tote.

Denkt man dabei noch an die täglich sich ereignenden Unfälle im deutschen Bergbau, so ergeben sich geradezu schauerhafte Zahlen. Es darf aber auch nicht vergessen

Opfer der Rekordsucht

Rennbob fliegt aus der Kurve — Vier Tote!

Schreiberhau, 13. Januar.

Bei der Austragung der Bobmeisterschaften der bürgerlichen Wintersportorganisationen bei Schreiberhau hat sich am Dienstag nachmittag ein fürchterliches Unglück ereignet. Auf der total vereisten Bahn wurde der Viererbob „Poitz“, der vom Mitinhaber der Schlesischen Baude gesteuert wurde, in der großen S-Kurve aus der Bahn herausgetragen, raste mit voller Wucht in die dicht gedrängte Zuschauermenge hinein, überschlug sich und stürzte dann den Abhang hinunter in den Wald. Daß die zwei Vordermänner des Schlittens noch glimpflich davorkamen — die zwei anderen Fahrer waren nach innen die Kurve hinabgerutscht —, wirkt wie ein Wunder.

Fürchterlich war aber die Verheerung, die der sich überschlagende Bob in der Zuschauermenge anrichtete. Eine Frau war auf der Stelle tot, mehr als ein Dutzend wälzte sich schwerverletzt am Boden. Gellende Hilferufe erfüllten die Luft. Es war ein fürchterlicher Anblick. Glücklicherweise waren sofort Aertz- und Hilfsmannschaften zur Stelle, die die Schwerverletzten in verschiedene Krankenhäuser brachten, wo inzwischen noch drei ihren lebensgefährlichen Verletzungen erliegen sind.

Wer ist schuld?

Da wird allerhand kombiniert. Ob es zutrifft, daß der selbgesteuerte Bob „Poitz“ als veraltet galt und ob ein Kufenbruch der Anlaß zum Unglück war, das ist noch nicht geklärt und auch von sekundärer Bedeutung. Hauptschuld an dem Unglück hat die ganze Sensationsmache um die „Meisterschaftskämpfe“ im bürgerlichen Sport, trägt das Gladiatorenum, hauptsächlich ist der „Ehrgeiz“, das Publikum

unbedingt „auf die Kosten“ kommen zu lassen. Darum hat man die Bahn, der es an Schnee mangelte, durch Begießerei mehr zur Eis- als zur Rodelbahn gemacht. Als bereits im Vorlauf ein Reichenberger Bob verunglückte und sein Führer Schwarzbach einen Schädelbruch und Bauchverletzungen davontrug, wäre Grund genug gewesen, das Rennen abzubrechen. Aber es wurde weiter gefahren, nichtsdestotrotz — und die Quittung ist das Unglück.

Ob es zutrifft, daß ein Fahrer die Polizei auf den gefährlichen Zustand der Kurve aufmerksam gemacht hatte und inwieweit sie auch mitschuldig ist, das vermögen wir nicht nachzuprüfen. Empörend und bezeichnend für die „sittliche Idee deutschen Sportlertums“ ist aber der Satz, den die Hugenbergsche „Nachtausgabe“ ihrer Jammersmeldung ob soviel Unglück anhängt. Er lautet:

Der zweite Lauf wird morgen durchgeführt.

Es wird untersucht

Unter dem Vorsitz des Landrats des Kreises Hirschberg hat am Mittwoch eine Untersuchung stattgefunden, die u. a. folgendes feststellte:

„Als neuntes Fahrzeug startete der Schreiberhauer Bob „Poitz“, ein Holzbob mit Seilsteuerung. Durch verschiedene Lichtbildaufnahmen konnte folgender Tatbestand einwandfrei festgestellt werden: Der Bob kam mit starker Geschwindigkeit in die erste Kurve, fuhr dann im zweiten Eckbogen zunächst in einer Normalspur, aus der er dann plötzlich infolge eines Kufenbruches der linken Vorderkufe herausgerissen wurde. An den Spitzen der abgebrochenen Vorderkufe ist die Seilsteuerung befestigt, die durch den Bruch der

Kufe ausgeschaltet wurde und den Bob steuerlos machte. Der Vorderschlitten wurde nach links gegen die Zuschauertribüne gerissen, da der Einfluß des Führers auf die Steuerung des Schlittens durch den Bruch der linken Vorderkufe ausgeschaltet war. Der Bob wurde so hoch getragen, daß er über eine ein Meter hohe hölzerne Schutzwand der Kurve in Kufenhöhe über das Publikum hinausging. Er landete in den niedrigen Fichtenbeständen neben der Bahn. Abgesehen von dem Kufenbruch ist der Bob unbeschädigt geblieben; die Mannschaft erlitt nur geringe Verletzungen. Die verheerenden Wirkungen des Unfalls unter den Zuschauern sind darauf zurückzuführen, daß der Bob in Kopfhöhe der Zuschauer aus der Bahn flog, wodurch fast ausschließlich Verletzungen des Kopfes und der Brust entstanden sind.“

4200 Arbeiter gekündigt

Friedrich-Alfred-Hütte wird stillgelegt

Essen, 13. Januar.

Infolge der katastrophalen Wirtschaftslage hat auch der Auftragsmangel bei der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen (Friedr. Krupp A. G.) in starkem Maße zugenommen. Bisher hatte die Hütte versucht, durch eine Verminderung der Belegschaften und durch Einlegung von Feierschichten einen Ausgleich zu schaffen. Die weitere Verschlechterung der Lage zwingt jedoch das Werk, seinen Betrieb nunmehr am 16. Januar, 6 Uhr morgens, vorläufig stillzulegen. Von der Stilllegung werden voraussichtlich 4250 Arbeiter betroffen. Die Friedrich-Alfred-Hütte hat den Arbeitern vorsorglich gekündigt, jedoch in einer Bekanntmachung der Hoffnung Ausdruck gegeben, etwa am 8. Februar d. J. die Arbeit wenigstens zum Teil wieder aufnehmen zu können. Der genaue Termin stehe aber noch nicht fest und werde später bekanntgegeben werden.

Ungewißheit um Hindenburg

(Artikel Seite 2. Hauptblatt.)

werden, daß bei den Trauerfeiern bei den Massenunglücken 1930, von den obersten Regierungsvertretern bis herunter zu den niedersten Behördenvertretern, dem Bergarbeitern recht schöne, herzergreifende Reden und die teuersten Versprechungen gemacht wurden, daß alles getan würde, um das Los der Bergarbeiter zu erleichtern und die ungeheuren Gefahren zu bannen. Heute müssen alle Bergarbeiter die traurige Feststellung machen, daß diese ihnen gemachten schönen Reden und großen Versprechen nichts anderes als ein blutiger Hohn für sie waren.

In den letzten Jahren sind hunderttausende Bergarbeiter entlassen und brotlos gemacht worden. Statt dem entgegenzutreten und den Bergarbeitern die ihnen gesetzlich zustehende Arbeitszeit wieder zurückzugeben, müssen sie noch immer 8 Stunden unter Tage arbeiten. Die Juninotverordnung 1931 hat die Leistungen der Reichsknappschaft an die Bergarbeiter erheblich gekürzt. Der Lohn im Steinkohlenbergbau ist im selben Jahr um 13 Prozent gesenkt worden. Für die Sicherheit der Bergarbeiter ist so viel wie gar nichts getan worden; denn das Treibsystem, das der größte Hebel aller Uebel für den Bergmann ist, besteht nach wie vor weiter. Das Ueberladen von Kohlenwagen und das Fohlraumbauen ist heute geradezu ein Skandal. Durch die vierte große Notverordnung der Regierung Brüning müssen nun alle Löhne auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden. Trotz-

Ungewißheit um Hindenburg

dem nun die Löhne der Bergarbeiter nur mehr 1 bis 8 Prozent über dem Lohn vom 10. Januar 1927 standen, hat die Regierung mit Rücksicht auf die zehnpromzentige Kohlenpreismäßigung ab 1. Januar und die schlechte Lage des Bergbaues den Bergarbeitern notverordnet, daß ihr Lohn ab 1. Januar 1932 abermals um 10 Prozent gesenkt werden muß. Damit sinkt der Lohn der Bergarbeiter auf den Stand von 1925 herab. Dies demonstriert so recht deutlich die christliche Nächstenliebe der Herren Brüning-Stegerwald. Bedenkt man noch die vielen Feierschichten und die überaus hohen Abzüge von den Bergarbeiterlöhnen für ihre Knappschaftsversicherung, so ist der heutige Elendlohn der Bergarbeiter geradezu eine Kulturschande. Vor dem Kriege standen die Bergarbeiter mit ihrem Lohn an der Spitze und heute — ungefähr an 20. Stelle.

Gegen diese an ihnen verübten Schandstiche müssen die Bergarbeiter endlich Front machen. Es ist die Pflicht der Bergarbeiter, daß sie sich restlos freigewerkschaftlich organisieren, nicht um die darin herrschende reformistische Taktik zu stützen, sondern um sie zu brechen, um die freien Gewerkschaften zu revolutionieren und wieder auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen. Mehr denn je gelten heute die Worte Karl Marx: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch.“ Deutschland steht am Vorabend einer neuen Revolution; oder des unverhüllten Faschismus. Dies zu verkennen, heiße den Kopf in den Sand stecken und die Zeichen der Zeit völlig übersehen. Die Lehren seit 1918 sind für die deutsche Arbeiterklasse zu deutlich, so daß alle Ursache besteht, sich für die bevorstehenden Entscheidungskämpfe zu rüsten und die Bergarbeiter dürfen dabei nicht zurückstehen. Auch sie müssen erkennen, daß nur durch die Beseitigung dieser kapitalistischen Profitwirtschaft und den Aufbau der sozialistischen Gemeinwirtschaft erst bessere Zeiten für sie kommen werden. Darum, Bergarbeiter, rüstet Euch! Josef Brunner, Alsdorf b. Aachen.

Erst Lausanne!

Dann vielleicht Kredit

Paris, 13. Januar

Wie das führende Pariser Wirtschaftsblatt „Agence Economique et Financiere“ zu berichten weiß, wird sich der Verwaltungsrat der Bank von Frankreich mit der Frage der Erneuerung bzw. der Verlängerung der Kredite an die Reichsbank befassen. Gleichzeitig seien diesbezügliche Verhandlungen zwischen der Bank von Frankreich, der Bank von England und der Federal Reserve Bank eingeleitet worden. Obgleich das endgültige Ergebnis dieser Besprechungen erst Ende Januar vorliegen werde, sei man in maßgebenden französischen Kreisen angeblich schon jetzt der Meinung, daß sich sowohl die britische wie auch die amerikanische Zentralbank dem Standpunkte Frankreichs anschließen würden.

Auf jeden Fall scheine die Bank von Frankreich nur geneigt zu sein, die Möglichkeit einer Verlängerung der Kredite um vier Wochen zu prüfen.

★

Antwort auf die Brüning-Reden

Die deutsche Presse ist wieder mal furchtbar erstaunt. Sie, die nur „nationale“ Politik kennt und billigt, kann es nicht begreifen, daß in Frankreich etwas Ähnliches möglich sein könnte. Sie wundert sich über die Maßen, daß die Franzosen nach Brünings Kriegserklärung zögern, Deutschland die Mittel für den Feldzug vorzustoßen. Man findet das „kleinlich“.

Es handelt sich um die Verlängerung des 100-Millionen-Dollarkredits, der am 4. Februar abläuft, um weitere drei Monate. An ihm sind beteiligt die BIZ, sowie die Notenbanken von Frankreich, England und USA. Als Voraussetzung für die Verlängerung stellt die BIZ die Bedingung, daß auch die Notenbanken ihren Teil verlängern. Und nun hat Herr Moret, der Präsident der Bank von Frankreich, höflich erklärt, daß, angesichts der politischen Lage, sein Institut nur eine Verlängerung um einen Monat für vertretbar halten würde.

Die deutsche Presse ist entrüstet über einen derartigen „politischen Druck“, was jedoch nichts an der Tatsache ändert, daß die Quittung auf Herrn Brünings Erklärungen eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Wie du mir, so ich dir.

Merkwürdige Vorgänge in einem Krematorium

Potsdam, 13. Januar

Auf Grund einer Anzeige des bisherigen Verbrennungsmeisters Schmidt beschäftigt sich die Kriminalpolizei mit einem aufsehenerregenden Vorkommnis am Potsdamer Krematorium. Nach Angaben des Verbrennungsmeisters müssen die Leichen wegen der unzuverlässigen Bauart des Verbrennungsofens während der Verbrennung mit einem eisernen Haken gewendet werden. Die Verbrennung dauert außerdem bis zu vier Stunden. Dennoch wird keine vollkommene Verbrennung erzielt, so daß die Knochen mit einer Eisenstange durch den Rost nach außen gestoßen werden müssen. Die Knochen sollen dann auf unwürdige Weise bestattet werden sein. Sie sollen zum Teil in Öffnungen des Ofens hineingeworfen worden sein und dort noch liegen. Zum Teil seien die Knochen auch in einem Gefäß gesammelt und alle zusammen bestattet worden.

Zur gleichen Zeit, als Hitlers Berliner Bevollmächtigter, der Abgeordnete und Fliegerheld a. D. Göring, bei Hindenburgs Staatssekretär Meißner aus und ein geht, um „eine Klärung der Lage herbeizuführen“, hat der thüringische Minister a. D. Frick in einer nationalsozialistischen Versammlung in Kempten im Allgäu geredet und dabei als Antwort auf die Frage, ob eine Wiederwahl Hindenburgs nach dem Scheitern der parlamentarischen Lösung zustandekommen werde, mit einem glatten „Nein“ erwidert. Wenn das Kabinett Brüning bis zur Volkswahl nicht verschwunden sei, würden die Nationalsozialisten aus ihren Reihen einen Mann aufstellen, auf den sie sich unbedingt verlassen könnten.

Frick ist nicht irgendwer, sondern der Vorsitzende der NSDAP-Reichstagsfraktion und wir haben hier also eine offizielle Äußerung vor uns, mit der zu rechnen sein wird.

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht heute einen Bericht der Pressestelle der NSDAP über die Vorgänge der letzten Woche. Bemerkenswert daraus scheint nur, daß Hitler Indiskretionen aus der Reichskanzlei dafür verantwortlich macht, daß die Nachricht von den Besprechungen bekannt und damit die Hineinziehung des Herrn v. Hindenburg in die Polemiken Tatsache wurde. Des weiteren geht aus diesem Bericht hervor, daß Dr. Frick einen wesentlichen Anteil an Hitlers Entscheidung genommen hat, so daß Fricks Äußerung in Kempten besondere Bedeutung beigemessen werden muß. Schließlich erfährt man noch, daß Hindenburgs Bescheid an Brüning, wonach der eingeschlagene Weg nicht weiter verfolgt werden möge, direkt auf Hitlers Initiative zurückzuführen ist, und damit rundet sich das Bild, das wir uns von den Verhandlungen zu machen haben.

In der Frage der Volkswahl geht der Kuhhandel der Parteien um die Besetzung des überparteilichen Wahlausschusses und insbesondere um die Führung in ihm nun los.

Nachdem erst als besonders unparteiischer Vorsitzender der frühere Reichswehrminister Geßler genannt worden war, tritt heute der Vorsitzende der Volkskonservativen Graf von Westarp als geeigneter Leiter des Wahlkomitees für Hindenburg in den Vordergrund. Ihn haben Männer der Mitte für geeigneter als Geßler gefunden, weil seine Person der „Linken“ wohl genehmer sein werde als diejenige Geßlers.

Die einzelnen Reichstagsfraktionen der bürgerlichen Mitte nahmen in den letzten Stunden die verschiedenartigsten Entschlüsse an und meinten, die verschiedenartigsten Wege vorschlagen zu sollen, um die Wiederwahl Hindenburgs zu ermöglichen. So erklärte namens der Landvolkfraktion der Abgeordnete Döbrich im Ältestenrat des Reichstags, daß seine Fraktion einer Einberufung des Reichstags vor der Konferenz in Ouczy nur dann zustimmen werde, wenn durch bindende Vorverhandlungen die Wiederwahl Hindenburgs und eine einheitliche Kundgebung nach außen gesichert werde.

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei behandelte am Dienstag gleichfalls die Präsidentenfrage und beschloß einstimmig ein Tadelvotum für die „nationale“ Opposition. Danach beschäftigte sie sich mit der Senkung des Bierpreises.

Graf Westarp sammelte Vertreter der DVP, der Christlich-Sozialen, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Landvolks und der Staatspartei um sich und beschloß die Zusammenrufung des überparteilichen Ausschusses, dessen Aufgabe die Vorbereitung der Präsidentenwahl Hindenburgs sein würde.

Eine besondere Extrawurst leistete sich der Jungdeutsche Orden. Entsprechend einer Forderung, die der „Hochmeister“ Mahraun an alle Führer aller politischen Parteien, Bünde und Gruppen gerichtet hat, erschien am Mittwochvormittag der Abgeord-

nete Bornemann beim Reichsministerium des Innern und überreichte den Entwurf eines Volksbegehrens, wonach unter Außerkräftsetzung entgegenstehender Bestimmungen der Reichsverfassung, insbesondere der Artikel 41 und 43, die Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg um weitere sieben Jahre verlängert werden solle.

Abgesehen von dem Zeitverlust — es würden mindestens drei Monate vergehen, ehe das Unternehmen der Jungdo nach geglücktem Volksentscheid wirksam würde —, muß die ganze Angelegenheit zumindest als ein Versuch erscheinen, die Kandidatur Hindenburgs endgültig zu Fall zu bringen. Da zur erfolgreichen Durchführung des Volksentscheides nämlich die Zustimmung von zwei Dritteln der überhaupt wahlberechtigten Stimmen (nicht der abgegebenen Stimmen) zu dem begehrten Gesetzentwurf erforderlich ist, wäre es gerade für die Gegner der Kandidatur Hindenburgs, die zwar nicht offen gegen den alten Reichspräsidenten aufzutreten wagen, aber doch liebend gern seine Wahl verhindert sähen, ein allzu Leichtes, einfach durch Stimmenthaltung den Jungdo-Gesetzentwurf zu Fall zu bringen.

★

Durch die unverständige Haltung der Kommunisten, die vorschnell den Abgeordneten Thälmann als Präsidentschaftskandidaten der KPD aufstellten, sind leider die Möglichkeiten für die Arbeiterschaft erheblich herabgemindert worden. Für den Fall, daß nach Hindenburgs Immerhin auch heute noch möglichem Verzicht sich ein Kandidat der Regierung und einer der „nationalen Opposition“ bekämpfen würden, hätte ein Einheitskandidat der klassenbewußten Arbeiterschaft immerhin Aussichten gehabt, den Erfolg zu erringen. Diese Möglichkeiten scheinen nunmehr verschüttet, wenn nicht in letzter Stunde noch ein Ausgleich gefunden wird.

Laval oder Paul-Boncour?

Um die Kabinettsbildung in Frankreich

Paris, 13. Januar

Der Rücktritt des Kabinetts Laval ist nun auch offiziell erfolgt. Das Demissionsgesuch ist von dem Staatspräsidenten Doumer angenommen worden. Briand ist ausgebaut, und das war vielleicht mit ein Zweck der Übung. Man erwartet, daß Laval mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt wird. Seine bisherigen Bemühungen gehen in Richtung eines Konzentrationskabinetts, eines

Kabinetts der „nationalen Einigung“.

Mindestens ist der Versuch dazu unternommen worden, wenn auch vorläufig erfolglos. Nach einer rein formal zu beurteilenden Unterredung mit Leon Blum hat Laval gestern

Herriot den Posten des Außenministers angeboten.

In der darauf folgenden Sitzung der radikalen Kammerfraktion wurde einstimmig die Ablehnung beschlossen; mit der Einschränkung allerdings, daß die Vorschläge des Ministerpräsidenten zum mindesten vorfrüht seien. Herriot selbst hat dem Ministerpräsidenten seine Ergebenheit versichert, und die ihm nahestehende „Ere Nouvelle“, wenn sie auch unter den gegebenen Umständen für die Ablehnung ist, betont doch, daß die Radikalen niemals, wenn es sich um eine große nationale Frage gehandelt habe, der Regierung ihre Unterstützung versagt hätten. Für die Radikale Partei gäbe es Umstände, unter denen sie zur Beteiligung an der Verantwortung bereit sei.

Im Rampenlicht des politischen Regierungstheaters steht, wie nicht anders zu erwarten war, auch der

Senator Paul-Boncour.

Er hat sich also rechtzeitig in den Vordergrund gespielt. Selbstverständlich, daß er für die „nationale Einheitsfront“ wegen der außenpolitischen Lage eintritt und beinahe ebenso selbstverständlich, daß er für „ein Kabinetts der Persönlichkeiten“

plädiert, das ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit gebildet werden muß, soweit sich die Teilnehmer nur über die außenpolitischen Grundfragen einig seien. Paul-Boncour ist zwar „nationaler“ Franzose, aber seine „sozialistische“ Erziehung scheint er doch von der deutschen Sozialdemokratie bezogen zu haben. Man rechnet in politischen Kreisen damit, daß ihm von Laval nunmehr das Außenministerium angeboten wird, aber es gibt auch Stimmen — wenigstens ist das die Meinung des radikalen „Oeuvre“ — daß Paul-Boncour vielleicht sogar selbst mit der Bildung einer Konzentrationsregierung betraut

werden könnte, weil er dafür wohl geeigneter wäre als Laval. Ob das ein Lob für den Exsozialisten Boncour ist, wird er selbst entscheiden müssen.

Man erwartet im übrigen hier, daß Laval schon heute abend zu einem Resultat kommen könnte.

Locarnoweg

wird fortgesetzt

Aber Furcht vor „Raubvögeln“

Paris, 12. Januar.

In der Kammer hielt Alterspräsident Thomson die Eröffnungsansprache, in der er unter Hinweis auf die Möglichkeit eines Ausscheidens Briands aus dem Kabinetts u. a. ausführte: Wir würden mit lebhafter Beunruhigung die Unterbrechung eines Werkes sehen, auf dessen Erfolg so viele Hoffnungen gesetzt wurden. Unsere auswärtige Politik wird auf dem in Locarno vorgezeichneten Wege fortgesetzt.

★

Die Senatssession wurde vom Alterspräsidenten Jénouvrier durch eine Ansprache eröffnet, die mit einem Appell an die Einigkeit begann. Frankreich habe, so führte der Alterspräsident aus, alles getan, um der zivilisierten Welt den so wünschenswerten Frieden zu verschaffen. Aber sei Frankreich nicht mitunter auf geblatte feindliche Fäuste gestoßen? Die Familie der Raubvögel sei noch nicht ausgestorben. Für kleine Diebe und Mörder sei ja der Gendarm da, und bei ihnen sei eine Sühne möglich. Aber wer verhindere die Uebeltaten der Großen? Frankreich sei sich der Solidarität der Völker bewußt und werde sich ihr nicht entziehen. vorausgesetzt, daß man nichts von ihm verlange, was seine Sicherheit beeinträchtige und die übergroßen Lasten der Steuerzahler noch erhöhen könnte.

Blutregiment — Blutjustiz

Unerhörtes Urteil gegen die Opfer von Brest-Litowsk

Warschau, 13. Januar.

Am Mittwoch hat das Warschauer Strafgericht im Brester Prozeß das Urteil gefällt. Danach wurden zehn Angeklagte, sechs Sozialisten und vier Bauernpartei, zu nachstehenden Gefängnisstrafen verurteilt:

Liebermann 2½ Jahre, Barlicki 2½ Jahre, Iragier 3 Jahre, Dubois 3 Jahre, Ciolkosz 3 Jahre, Mestek 2½ Jahre, Witos 1½ Jahre, Kiernik 2½ Jahre, Baginski 2 Jahre, Putek 2 Jahre.

Der elfte Angeklagte, der Bauernpartei, Sawicki, wurde freigesprochen. Die Urteilsbegründung wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die überaus hohen Gefängnisstrafen haben größte Überraschung hervorgerufen.

★

Daß es sich hier um einen Akt schlimmster faschistischer Justiz handelt, haben die Gerichtsverhandlungen zur Genüge und vor aller Welt ergeben. Ursprünglich versuchten die Lakaien Pilsudskis die Anklage auf Be-

Grzesinski

lernt Absperrung

Paris, 12. Januar.

Die französische Kammer wurde Dienstag nachmittag mit einer Trauerkundgebung für Kriegsminister Maginot eröffnet. Sodann wählte das Haus zum Kammerpräsidenten wieder den Sozialisten Bouisson.

Das Kammergebäude und sämtliche Zugangsstraßen sind von einem ganz ungewöhnlich starken Polizeiaufgebot bewacht, da man kommunistische Kundgebungen oder Arbeitslosendemonstrationen erwartet. Der Pariser Polizeipräsident, in dessen Begleitung sich der Berliner Polizeipräsident Grzesinski befindet, leitet die Sicherheitsmaßnahmen persönlich. Schon vor Eröffnung der Sitzung wurden kleinere Demonstrationsgruppen zerstreut. Bisher sind an 600 Zwangsgestellungen vorgenommen worden.

★

In einer späteren Meldung heißt es: Außer den kommunistischen Kundgebungen in Paris, bei denen etwa 3000 Personen verhaftet wurden, kam es auch in verschiedenen Städten der Provinz zu Zusammenstößen zwischen Kundgebern und der Polizei. In Lille bildete sich ein großer geschlossener Zug, der von dem Redakteur eines kommunistischen Blattes geführt wurde. Er forderte seine Anhänger plötzlich auf, das Bürgermeisteramt im Sturm zu nehmen. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen. Als sie aber drohte, von ihrer Schußwaffe Gebrauch zu machen, stoben die Kundgeber auseinander.

trügereien und schmutzige Vergehen auszu-dehnen. Das gelang natürlich nicht, und bei den Verhandlungen enthielt der Anklageakt lediglich die Anschuldigung hochpolitischer Verbrechen wie „bewaffneter Umsturz“ und „Aufwiegelung revolutionärer Massen gegen die Regierung“. Auch hier mißlang der Nachweis selbstverständlich vollkommen, ein Spitzel nach dem andern mußte entlarvt abtreten, und auf der Anklagebank saß zwar nicht in Person, aber der Idee nach Pilsudski und sein blutiges Regiment; auf der Anklagebank saß der polnische Faschismus, der es gewagt hatte, die besten Vertreter des polnischen Volkes in Brest-Litowsk in der schlimmsten Weise zu foltern. Aber feige Richter verurteilten nicht die Schuldigen, sondern die Unschuldigen. Wie könnte es unter dem Faschismus anders sein? Einst kämpfte Pilsudski gegen den Zarismus. Das Blutregiment, das er über Polen aufgerichtet hat, ist bössartiger als das zaristische. Aber das letzte Wort ist darum noch nicht gesprochen.

Ein Arbeitsloser berichtet

10 Mark pro Woche zur Ernährung einer fünfköpfigen Familie

„Bedaure, nicht zuständig“

Ich bin ein schlechter namenloser Soldat der großen Armee der Erwerbslosen. Ich lebe mit meiner Frau und drei Kindern in einer kleinen Wohnküche in Breslau. Die zwei Betten für uns fünf Personen erscheinen mir manchmal schon als Luxus. Man wird eben bescheiden. Ich erhalte an Arbeitslosenunterstützung 18.50 Mark dazu kommt ein wöchentlicher Mietszuschuß von 2,02 Mark. Mir steht also zum Leben die Gesamtsumme von 20.52 Mark zur Verfügung. Davon gehen ab: Miete 5.56 Mark, Verband 0.20 Mark, Lebensversicherung 0.70 Mark; Abzahlung für Bekleidung 1.— Mark, Abzahlung für Wäsche 1.— Mark, 1 Zentner Kohle zum Kochen 1.68 Mark, für Licht 0.38 Mark. Zusammen 10.52 Mark. Verbleiben also zum Essen ganze 10.— Mark. Es wird vielleicht mancher an den 20 Pfg. Verband und 70 Pfg. Lebensversicherungsbeitrag Anstoß nehmen. Wozu braucht das ein Arbeitsloser? Der Verband ist für das Bürgertum etwas Gefährliches. Der Arbeitslose könnte sich bei all seinem Elend seiner Klasse und seines schlummernden Kampfeswillen bewußt werden. „Wozu Lebensversicherung? Er verreckt auch so“, sagte neulich ein Bürger auf der Straße. Und dann der Luxus der Abzahlung für Kleidung und Wäsche.

„Erfriert in euren Lumpen!“

Was kann man sich schon bei wöchentlich 2.— Mark Abzahlung kaufen? In den Schaufenstern der Stadt hängen Pelze, die Hunderte von Mark kosten. Doch merkt es euch, ihr Bürger:

Mit 10.— Mark müssen 5 Personen einer Familie eine ganze Woche leben.

Für jeden hat der Staat 2.— Mark pro Woche zum „Satt“ essen bereit. Dieses Summe gibt ein Bürger für ein Mittagessen aus, das heißt, wenn er unter der Wirtschaftskrise zu leiden hat, für zwei Mittagessen. Und dann hält er sich schon für einen Märtyrer

Das Ende einer „Frontbühne“

Rathenow, 13. Januar.

Die Leute mit nationalem Fimmel, die brauchen natürlich auch eine nationale Bühne. Das muß gleich eine „Frontbühne“ sein. Und was will der nationale Spießler sehen? „Schlageters Opfertod“. Der Landsknecht Schlageter ist tot. Die Illusion von seinem „Opfertod“ verbreitet sich immer mehr. Die Deutsche Friedensgesellschaft hat da ein bißchen aufklärend gewirkt durch ihre Broschüre „Wer war Schlageter?“ Die könnte bei manchem nationalen Mann, sofern er Augen zum Lesen und Gehirn zum Begreifen hat, Aufklärung schaffen. Daß das nicht geschieht, dafür sorgt der Berliner Polizeipräsident. Er hat diese Broschüre verboten, weil sie geeignet ist, Ruhe und Ordnung zu stören. Der Mann ist Sozialdemokrat. Nun ist sie in ganz Preußen verboten. Uns wundert überhaupt nichts mehr. Preußen voran!

Die Frontbühne also wollte mit „Schlageters Opfertod“ Geschäfte machen. Lenkheit und Klassen, das waren die beiden Manager der „Frontbühne“. Sie reisten durch die deutschen Lande, kehrten bei nationalen Herren ein und offerierten Aufführungen jenes Schauspiels. In Süddeutschland rutschten sie bald ab, in unserer Gegend aber blüht das Geschäft. In Rathenow, Brandenburg u. a. fanden sie Helfer und Förderer ihres Unternehmens. Zunächst kassierten sie erstmal das Geld vorweg ein. Und wenn man in nationalen Kreisen mit einem Gruß von Direktor Schmidt oder Major Walter erscheint, hat man schon gewonnenes Spiel. Sie kassierten also immer feste ein; nur aus dem Spiel wurde nichts! Sie hätten das Geschäft sicher noch gut ausbauen können, Vertrauensselige hätten sie genug gefunden, wenn die Polizei nicht einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. Nun standen sie in Rathenow vor dem Richter und bekamen jeder vier Monate Gefängnis

Das eine meiner drei Kinder ist ein Sohn, 17 Jahre alt, Steinsetzerlehrling. Er besitzt einen Lehrvertrag für die Dauer von 3½ Jahren. Der Vertrag wäre im Oktober dieses Jahres abgelaufen. Früher war es nun so, daß der Meister auch bei Eintreten der ungünstigen Witterung, die eine Beendigung der Arbeit in den Steinsetzbetrieben erzwingt, die Lehrlinge nicht entlassen durfte, d. h. ihnen ihren Lehrlingslohn weiter bezahlen mußte. Nach einer Vereinbarung neueren Datums zwischen der Breslauer Steinsetzerinnung und dem Gesellenausschuß hat man mit diesem Brauch jetzt Schluß gemacht. Mein Sohn wurde Anfang Dezember entlassen und bekommt seit dieser Zeit nicht einen Pfennig Lehrgeld, geschweige denn irgendwelche Unterstützung.

Arbeitslose haben sehr viel Zeit . . .

Und nun begann der Leidensweg eines Bittstellers — daß man sein Recht sucht, hat man schon längst vergessen — von Schalter zu Schalter, von einem Beamten zum andern, von Amt zu Amt. Fünf Etappen mußte ich auf der Leiter der Bürokratie erklimmen.

Etappe 1: Ich komme zum Arbeitsamt, da heißt es: „Bedaure, wir sind nicht zuständig“, es besteht ein Lehrvertrag, wenden Sie sich an das Wohlfahrtsamt.“ Nun schön!

Etappe 2: Beim Wohlfahrtsamt heißt es wieder: „Bedaure, wir sind nicht zuständig, wenden Sie sich an das Jugendamt.“

Etappe 3: Jugendamt. Der Beamte leiht dasselbe bekannte Sprüchlein herunter und es geht zur Etappe 4: zum Arbeitsgericht. Aber das hätten wir ja wissen müssen, es gibt verschiedene „Gerichte“, und deshalb heißt es zur 5. Etappe: zum Innungsgericht, wandern.

Dort habe ich nun Klage eingereicht, und dann kann ja derselbe Weg wieder von vorne beginnen. Ware es nun wirklich so schwer gewesen, daß der zuständige Beamte am Arbeitsamt den Erwerbslosen gleich an die richtige Stelle verwiesen und ihm damit drei Gänge, die ihm mit zerrissenen Schuhen bei diesem Wetter nicht leicht fallen, erspart hätte . . . ?

„Kein Unterschied zwischen Rußland und Italien“

— sagt Theodor Dan

Diskussion über Sowjetrußland • Der reformistische Abgrund

Berlin, 13. Januar. Die Liga für Menschenrechte ließ am Dienstagabend im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats Professor Alfons Goldschmidt und Theodor Dan in Rede und Gegenrede über das Thema: Sowjetrußland zu Worte kommen.

Polizeioberst Lange als Versammlungsleiter wandte sich in temperamentvollen Worten gegen das Tolerierenselend hierzulande und wünschte auch Deutschland, daß es vo einer so eindeutigen politischen Willen beherrscht werde wie die Sowjetunion.

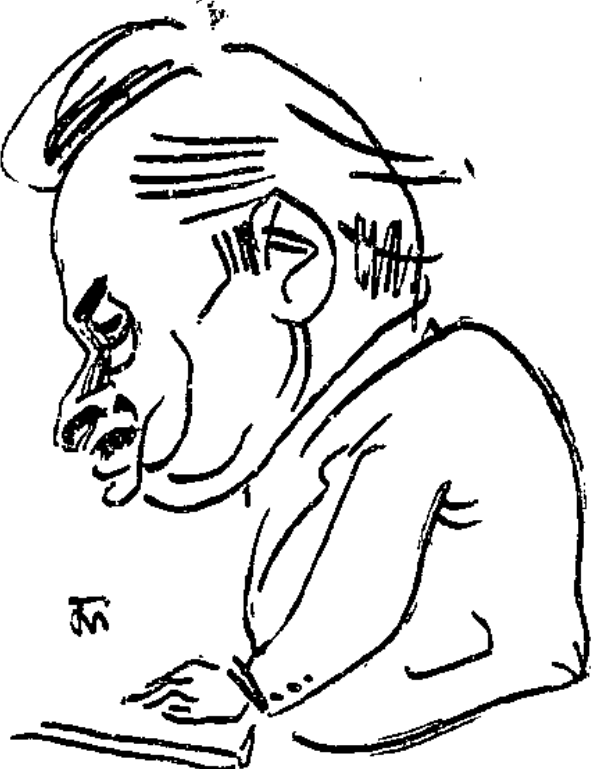
Land durch die Sozialisierung einen riesigen Wandlungsprozeß durchgemacht hat. Er illustrierte das Leben des Arbeiters in den Betrieben, schilderte eine Betriebswahlversammlung in einem Elektrizitätswerk, brachte Beispiele dafür, daß der einzelne Proletarier durch positive Kritik an den Betriebsmethoden wirksamen Anteil am Produktionsprozeß selbst hat.

Sein Korreferent, der Menschewik Dan, begann mit einer Selbatanklage, denn er hielt es für richtig, sich für seine Ausführungen bereits im voraus zu entschuldigen. Er machte Goldschmidt den Vorwurf, dieser habe nur immer von der russischen Wirtschaft gesprochen und mit keinem Wort den Menschen erwähnt. Es ist die Frage erlaubt: legen die Sozialdemokraten denn wirklich noch Wert auf den Ehrentitel: Marxist? Wenn ja, ist die Betrachtungsweise des Herrn Dan nicht recht unmarxistisch? Sind die ökonomischen Verhältnisse das Primäre oder nicht? — Im übrigen übte er nur negative Kritik, versuchte die relativ kleinen Rückschläge maßlos zu vergrößern, so daß ein Faschist seine helle Freude an diesem menschowistischen Korreferat hätte haben können. Ja, Theodor Dan ist sogar der

Ansicht, daß in wirtschaftlicher Beziehung eigentlich gar kein Unterschied zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem faschistischen Italien bestünde!! Dans Kampfrede gegen die USSR lief auf eine Verteidigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinaus. Mit welcher Ansicht er sich also nur um Nuancen von den deutschen Genossen der II. Internationale unterscheidet. Zugeben mußte er allerdings den proletarischen Inhalt der bolschewistischen Staatsform. Was für einen Reformisten immerhin schon ein mutiges Zugeständnis ist. Wann und wo auch immer in der Geschichte die Reformisten die Möglichkeit hatten, ihre sozialistischen Pläne zu verwirklichen, — immer ließen sie die Gelegenheit ungenutzt. Woher dürfen sich die Theoretiker der Evolution dann noch das Recht nehmen, das erste großartige Experiment der Sozialisierung zu bekämpfen und zu sabotieren?

In der Diskussion sprach Genosse Stechert (SAP) von der Notwendigkeit für die deutsche Arbeiterklasse, die Einheitsfront gegen den Faschismus zu organisieren. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall, zumal die Versammlung durch die Art der Auseinandersetzung zwischen Dan und Goldschmidt eine Vorstellung von der tiefen Gegensätzlichkeit zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus gewonnen hatte.

Es ist eben schwer, um mit Goldschmidt zu sprechen, mit Sozialdemokraten über Sozialismus zu diskutieren! —stein.



Alfons Goldschmidt

Professor Goldschmidt berichtete über Eindrücke und Erfahrungen, die er auf vielen Reisen durch die Sowjetunion sammeln konnte. Er sprach von dem gigantischen sozialistischen Aufbau, von den Erfolgen, derer sich das bolschewistische System rühmen kann, und von den Widerständen, die das gewaltige Experiment, eine Wirtschaft nach marxistischen Grundsätzen aufzubauen, noch zu überwinden hat. Vor allem drei Fragen sind es, die heute noch fast unbeantwortet sind: wie groß darf der Anteil einer sozialisierten Wirtschaft am Reallohn des Produzenten sein? Wann wird eine wirtschaftliche Dezentralisation in vollem Umfange durchgeführt werden können, d. h. wann läßt sich der gegenwärtige Zustand der Verstrickung überwinden? Welche Rolle spielt das Geld in diesem zentralisierten Wirtschaftssystem? Zur Lösung all dieser Probleme bedarf es des Versuchs, die Meßbarkeit der Wirtschaft zu ergründen. An diesen Versuchen arbeitet selbstverständlich die kommunistische Wirtschaftswissenschaft sehr intensiv. Goldschmidt brachte interessante Einzelheiten über seinen Besuch in den Großstädten, insbesondere von Moskau, führte eine Anzahl Beweise für die Behauptung an, daß das ganze

Großfeuer bei Sarrasani

Während eines Gastspiels in Antwerpen

Antwerpen, 13. Januar.

In der vergangenen Nacht brach in dem hier gastierenden Zirkus Sarrasani ein Brand aus, der den Kleiderraum, die Sattlerei und das Schneideratelier mit Maschinen zerstörte. Der Brand sprang dann auf den Elefantentstall über. Zwölf Elefanten erlitten schwere Brandverletzungen. Einer brach aus dem brennenden Stalle aus und flüchtete nach den Wällen. Er stürzte auf seiner Flucht ins Wasser. Der Brandschaden wird auf 4 Millionen Franc geschätzt. Der Raubtierkäfig, der Pferdestall, in dem sich 200 Tiere befinden, und die übrigen Einrichtungen des Zirkusses blieben vom Feuer verschont.

Weitere Einzelheiten

Antwerpen, 13. Januar.

Zu dem Brand im Zirkus Sarrasani ist ergänzend zu melden, daß der Zirkusfeuerwehr bei den Löscharbeiten zunächst nur die Ortsfeuerwehr von Berchem zur Seite stand. Die Direktion des Zirkus erbat auch die Hilfe der Antwerpener Feuerwehren, die jedoch nicht rechtzeitig erscheinen konnten, da sie vom Bürgermeister von Berchem keine Aufforderung erhalten hatten. Ausgebrochen ist das

Feuer in der Garderobe. Es griff dann mit großer Schnelligkeit auf das Elefantenzelt und auf ein Zelt über, in dem die Pferdesättel aufbewahrt wurden. Das gesamte Personal des Zirkus und inzwischen eingesetzte Pioniertruppen konnten nach anstrengender Tätigkeit einige Ordnung in das Durcheinander bringen. Mehrere Elefanten rissen sich los und rannten in wildem Schrecken durch die Stadt. Es gelang jedoch schließlich, den größten Teil der Tiere in Sicherheit zu bringen. Auch die Löwen, die in den angrenzenden Zelt untergebracht waren, konnten gerettet werden. Nach dreistündigen Löscharbeiten war das Feuer auf seinen Herd beschränkt. Verbrannt sind Tausende von zum Teil sehr wertvollen Kostümen, zahlreiche Sättel usw. Der Zirkus besitzt nach dem Brande kaum noch ein Zaumzeug für die Pferde. Von 22 Elefanten haben 12 mehr oder weniger schwere Brandwunden oder andere Verletzungen erlitten. Vermutlich wird man jedoch nur einen Elefanten töten müssen. Er wurde, mit furchtbaren Brandwunden bedeckt, innerhalb der Festungswerke von Antwerpen gefunden. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Der Sachschaden, der allein durch die Vernichtung der Kostüme entstanden ist, wird auf über 400 000 Mark geschätzt. Wahrscheinlich wird der Zirkus das Gastspiel in Belgien abbrechen.

Genossen!

Wir alle werben für die

SAZ

Hast Du schon den neuen Abonnenten?

Feuilleton der SAZ

Ein Held der Antarktis / Zum zehnten Todestage Sir Ernest Shackletons



Am Hause der Geologischen Gesellschaft in Kensington, London, wurde jetzt eine lebensgroße Statue des berühmten Südpolarforschers Sir Ernest Henry Shackleton enthüllt, der 1922 auf einer Reise nach dem Südpol starb. Das Denkmal zeigt den Forscher in seiner Polarkleidung.

★

Mühsam stampft der Dampfer „Quest“ durch die Wogen. Still und glatt liegt das Meer, als ob es nie sich aufbauen könne, als ob es nicht vor wenigen Tagen gedroht hätte, den kleinen, schwachen Dampfer zu verschlingen.

Am fernen Horizont steigen hohe Berge auf, finstere, von mächtigen Gletschern bedeckte Gebirge erheben sich steil aus dem Meere. Langsam nähert sich ihnen der Dampfer, nach wenigen Stunden rasselt der Anker in die Tiefe, der Hafen von Grytviken, des kleinen Walfischfängerortes auf der Insel Süd-Georgia, ist erreicht!

Süd-Georgia, die unwirtliche Insel im Süden des atlantischen Ozeans, ist das Tor der Antarktis! Von hier zogen und ziehen noch die zahlreichen Expeditionen aus, die den Kampf um die Erreichung des Südpols, den Kampf um die Erforschung der Antarktis aufnehmen.

Der Mann, der auf der Kommandobrücke steht und mit scharfen Blicken die auftauchende Insel mustert, ist kein Neuling mehr in der Antarktis. Seinem kühnen, energischen Gesicht merkt man das Vertrautsein mit Gefahren an. Seit zwanzig Jahren, seitdem Ernest Shackleton als 27-jähriger Leutnant an Scotts Südpolexpedition teilnahm, treiben ihn Forscher- und Abenteuerlust immer wieder hierher zurück, zwingt ihn sein nie erlahmender Wille, den Südpol zu erobern!

Doch Verhängnis scheint über seinen Fahrten zu walten. Das lockende Ziel schon fast vor Augen, wird er immer wieder zurückgeschlagen.

Schon auf seiner ersten Expedition mit Scott verfolgte ihn Unglück. Nach einer Schlittenreise mit Scott und Wilson, die sie dem Pole nahebrachte, überwinterten sie in der Eismacht. Shackleton aber wird krank und muß im Sommer mit dem Hilfsschiff in die Heimat zurückkehren.

Sein ganzes Streben zielt jetzt darauf hin, eine eigene Expedition auszurüsten. Endlich, am 1. Januar 1908, sticht der Dampfer „Nimrod“ von Neuseeland aus in See. Es gelingt Shackleton, sich mit Schlitten dem Pol bis auf 97 Meilen zu nähern, dann muß er umkehren. Auf der Rückreise zum Standort ist ihm der weiße Tod schon nahe. Doch er entkommt ihm noch, glücklicher als drei Jahre später Scott, der, zu spät am Südpol angekommen, an dem bereits Amundsens Flagge weht, auf dem Rückwege den Tod in Eis und Schnee findet.

In die Heimat zurückgekehrt, werden ihm zahlreiche Ehrungen bereitet. Lohn für seine Bemühungen, denen man die Entdeckung des magnetischen Südpols und eines Weges über das Hochplateau der Polgegend verdankt.

Wenige Tage vor Ausbruch des Weltkrieges verläßt er mit einer großen, gut ausgerüsteten Expedition auf dem Dampfer „Endurance“ Southampton. Nach guten Erfolgen überwintert man auf dem Dampfer, der im Eise festliegt. Doch das Schiff hält den Eispressungen nicht stand, wird von den Eismassen in die Höhe gehoben und zerdrückt! Die Mannschaft rettet sich und die Ausrüstung auf eine Eisscholle!

Man baut Hütten, richtet sich auf langen Aufenthalt ein. Die Scholle wird mit ihrer Last langsam nach Norden getrieben, kommt in wärmere Gegenden. Jeden Tag sehen die Schiffsbrüchigen ihren Zufluchtsort kleiner zusammenschmelzen. 457 Tage nach Untergang des Schiffes bricht die Scholle eines Nachts vollends auseinander. Die Mannschaft rettet sich in die vorbereiteten drei Boote. Nach qualvoller Fahrt in den Nußschalen erreichen sie die Elefantinsel, ein unbewohntes, kleines Eiland.

Doch was nun? Wer soll ihnen hier Hilfe bringen? Eile tut not, denn die Lebensmittel gehen zur Neige!

In dieser hoffnungslosen Lage faßt Shackleton einen verzweifelten Entschluß. Hilfe muß herbeigeholt werden, koste es, was es wolle: Mit zwei Gefährten macht er sich auf die Fahrt nach der nächsten Menschenansiedlung. Ein fast hoffnungsloses Unterfangen! Mit einem kleinen, offenen Boot mehr als tausend Kilometer weit fahren, über stürmisches Meer, in grimmiger Kälte? Doch das Unglaubliche gelingt! Nach sechszehntägiger, furchtlicher Fahrt landen die drei Männer erschöpft an der Insel Süd-Georgia an.

Jetzt heißt es, die nächste Ansiedlung zu erreichen. In mühevollen Parforcemärschen überqueren sie das vergletscherte Gebirge, gelangen, am Ende ihrer Kräfte, nach Grytviken, der Walfischfängerstation. Ihre Gefährten auf der Elefantinsel sind gerettet!

Denkt Shackleton, der Mann auf der Kommandobrücke, an all das, als sich jetzt das Schiff dem Hafen von Grytviken nähert? Es ist der 4. Januar 1922. An ihm zieht die Küste vorüber, an der er vor vier Jahren nach seiner abenteuerlichen Bootsfahrt landete. Wieder sieht er die Berge, die er damals mühsam bezwingen mußte.

Doch als er damals am Ende seiner Kräfte stand, so zieht er heute erst mit frischem Mute in den Kampf hinaus.

Ueber der Reise scheint ein Unstern zu schweben. Schon im Golf von Biskaya gerät das Schiff in schwere Stürme, so daß es Lissabon anlaufen mußte, um einige Schäden zu reparieren. Nach der Abfahrt von Rio am 18. Dezember brechen wieder heftige Stürme los, die am Heiligen Abend und ersten Weihnachtstage solche Stärke annehmen, wie es Shackleton auf seinen vielen Reisen noch nie erlebt hat.

Auch körperlich fühlt er sich nicht wohl. Neuralgische Schmerzen in Brust und Rücken plagen ihn. Er ist von düsteren Vorahnungen erfüllt.

Am 1. Januar bemerkt er in seinem Tagebuch: „Nach dem furchtbaren Sturm ist es wieder ruhig und still geworden. So fängt also dieses Jahr gut für uns an. Während der furchterliche Sturm tobte, glaubte ich nicht, daß unser Schiff ihn überwinden würde. Die Angst grub sich tief in meine Seele, weil bis zum Schluß des Jahres so viel fehlgegangen war.“

Seine schwermütige Stimmung hält an. Am 3. Januar notiert er:

„Das Glück scheint uns im neuen Jahr treu zu bleiben. Aber ich bin schon ein solcher Grübler geworden, daß ich, wenn es endlich einmal gut geht, immer wieder daran denken muß, was jetzt wohl für neue Schwierigkeiten auf mich lauern.“

Der Anker rasselt in die Tiefe. Shackleton wird aus seinen Gedanken gerissen. Er hat viel zu erledigen, will er doch Grytviken bald wieder verlassen.

In der Nacht erwacht er nach drei Uhr mit heftigen Schmerzen. Er läßt Dr. Macklin, den Arzt der Expedition rufen, der nach einigen Minuten erscheint. Ehe sich dieser noch entscheiden kann, was zu tun ist, stößt Shackleton ein dumpfes Röcheln aus und sinkt zurück. Er ist einem Anfall von Angina pectoris erlegen. Die Uhr zeigt halb vier. Auf dem Tisch liegt aufgeschlagen das Tagebuch. Die letzte Eintragung lautet:

„In dem dämmernden Zwiellicht sah ich einen einsamen Stern wie einen Edelstein über der Bucht schweben.“

Mit Shackleton ging einer der letzten großen Abenteuerer dahin.

Als ihm bei einem seiner Vorträge, die er über seine Reisen hielt, ein Zuhörer vorwarf, er verdiene jetzt an dem, was seine Mannschaft für ihn geleistet habe, erwiderte Shackleton: „Wenn ein Schiff untergeht, fällt nach dem Gesetze jede Bezahlung der Mannschaft aus. Ich habe nach dem Untergang der „Endurance“ meine Mannschaft ein Jahr weiterbezahlt. Jeder meiner Leute erhielt nach der Rückkehr noch drei Monatsgehälter, um über die erste Zeit hinwegzukommen, und wenn ich heute Vorträge halte, geschieht dies

nur, um meine daraus entstandenen Schulden zu bezahlen.“

Bei all dem hatte er sich die Seele eines Kindes bewahrt. Vor seiner letzten Abreise, im tollsten Durcheinander der letzten Vorbereitungen, bemerkte er, daß eine kleine, schwarze Katze, die ihm von Freunden geschenkt worden war, fast verhungert in einem Winkel des Schiffes lag. Er ließ sich sofort aus dem Magazin Milch holen, setzte sich im größten Trubel hin und fütterte zunächst das Kätzchen.

★

Auf Wunsch seiner Witwe wurde Shackleton in Grytviken auf dem kleinen Fischerfriedhof von seinen Gefährten im Beisein einiger norwegischer und schottischer Walfischfänger begraben. Ein einfacher Holzzaun umgibt seine letzte Ruhestätte.

Von seiner Mannschaft errichtet, erhebt sich angesichts der Gletscherberge, auf einem Felsen, ein hohes, steinernes Ehrenmal, auf dessen Spitze sich ein weithin ragendes Kreuz erhebt, das weithin den Seefahrer erinnert an den kühnen Polarforscher, den Helden der Antarktis, Sir Ernest Shackleton. Erco.

Pietät

Paul Morgan, der Berliner Komiker, beobachtete zufällig seine Köchin beim Zeitungslesen.

„Ja, sagen Sie mal“, fragt er, „warum tragen Sie eigentlich zum Lesen eine Brille mit nur einem Glas?“

„Ach Gott“, sagt sie, „das ist ja egal. Durch das Glas sehe ich ja auch nicht gut.“

„Nanu“, staunt Morgan, „warum tragen Sie dann überhaupt eine Brille?“

„Die habe ich von meinem Vater geerbt“, sagt die Köchin, „und was für ihn gut genug gewesen ist, das wird für mich ja wohl auch noch langen...“

Kleines Feuilleton

Filmstar und Literat

Eine große Berliner Zeitung veranstaltete dieser Tage eine Umfrage bei Berliner Künstlern, der die Frage nach der Lieblingsliteratur zugrundelag. Dabei kamen erstaunliche Ergebnisse heraus, die z. T. durchaus nicht ehrenvoll für die Einsender sein dürften. — Der Filmstar Lissi Arna ließ sich über seine Lieblingsliteratur folgendermaßen aus: „Vor allem liebe ich Romain Rolland. Daneben Bernhard Kellermanns „Yester und Li“, überhaupt Liebesgeschichten. Möglichst sogar ganz schmalzige, wo man entsetzlich weinen kann — je kitschiger und je schmalziger, desto besser!“

Die Heilkraft des Apfels

In den „Fortschritten der Therapie“ bespricht Prof. von den Velden die Apfel-Diät. Viele Forscher halten die Apfelsäure für besonders gesundheitsfördernd, andere gerade den Gerbstoffgehalt für äußerst wichtig zur Darmberuhigung. Ungeschälte Äpfel enthalten eine große Anzahl lebenswichtiger Vitamine. Bakteriologisch ist nachgewiesen, daß der mit Apfelbrei gefüllte Darm die schädlichen Bakterien in geringerer Anzahl enthält und sie zugunsten der normalen Bakterien verschwinden läßt. Ruhrkranke wurden durch zweitägige Ernährung mit Äpfeln geheilt.

Maria Leitner



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 3

20. Fortsetzung

Diese Beteuerung war allerdings, wie es sich später herausstellte, nicht so vollkommen glücklich, denn der Neugierige versichert ihm, er hätte bei Gott nicht die Absicht, seine Verbindung mit Herrn Fish zu stören. Ganz im Gegenteil, gerade an dieser Verbindung läge ihm viel. Er solle nur ruhig Herrn Fish in eine Kellneruniform stecken und ihn zu der Hochzeit kommen lassen. Er könne diesen Dienst Herrn Fish noch billiger als vorausgesehen erweisen, damit der auch bestimmt nicht versäume zu erscheinen.

Herr Fish wollte also in seine Wohnung kommen und sich bei ihm umkleiden, vergewissert sich noch einmal der Neugierige. Das wäre ausgezeichnet. Der „schöne Alex“, der einen so fähigen Kopf zu haben scheint, hätte weiter nichts zu tun, als Herrn Fish genau zu beobachten. Alle andere würde man ihm noch mitteilen.

Der Neugierige scheint immerhin auch gegen den „schönen Alex“ einiges Mißtrauen zu empfinden. Er findet es überflüssig, ihn näher einzuweisen.

„Sie können diesen Herrn Fish auch in das Hotel begleiten und ihm sagen, daß Sie ihn abrichten wollen, damit seine Kellnerlaufbahn kein allzu jähes Ende nähme. Verstanden?“

Klar, der „schöne Alex“ verstand immer alles.

Besonders dann, wenn der Lohn nicht ausbleibt.

Dieses Mal sollte er, wenn dem Neugierigen Glauben zu schenken war, beträchtlich sein.

Vor den Augen des „schönen Alex“ erscheint in greifbarer Nähe die Flüsterkneipe in der 81. Straße.

Der Neugierige hat Grund, beruhigt zu sein. Auf den „schönen Alex“ konnte man sich verlassen.

7.

Shirley mußte den Köchen frische Schürzen und Mützen bringen. Sie ist ärgerlich; der Korb ist dieses Mal so schwer. Sie mag nicht die Küche und die dummen Späße der Köche, jedenfalls heute nicht, wo sie vor so wichtiger Entscheidung steht. Die Zeit vergeht, und sie weiß noch immer nichts Bestimmtes.

Sie möchte jetzt lieber die Gästekorridore mit leichter seidener Wäsche im Korb durchwandern. Sie könnte dann auch hoffen, ihren Freund zu treffen und von ihm endlich Näheres erfahren.

„Kleide das Grünhorn ein, Puppengesicht“, rufen einige Köche, als Shirley mit der Wäsche in der Küche erscheint.

Das Grünhorn ist Fritz, der endlich im Hotel Amerika Arbeit gefunden hat. Er ist erst seit einigen Stunden hier, aber es scheint ihm schon eine Ewigkeit. So vieles hat er gesehen und gehört, und wurde schon so viel

in dieser neuen Welt herumgestoßen, in die er plötzlich geraten war.

Erst stand er vor dem Obersteward der Küche und wartete auf die Arbeitseinteilung.

Fritz verstand nur wenig von den vielen Fragen, die an ihn gestellt wurden. Er sagte aber zu allen ein kräftiges Ja; das machte einen guten Eindruck. Er war zwar noch nicht lange in Amerika, aber immerhin lange genug, um zu wissen, daß man alle Fragen nur bejahend beantwortet wünschte. Ein Zeichen des viel gerühmten Optimismus der Amerikaner. Sie sind bereit, zu glauben, daß jeder alles kann, solange sie sich nicht von dem Gegenteil überzeugen müssen.

Der Steward stand vor den Kühlräumen. Man konnte einen Blick in die Vorratskammer erhalten. Sie waren alle weiß gekachelte, von makelloser Reinheit und Kühle. Hier hingen in Glasschränken seltene Wildarten, erlesenes Geflügel; auf Moosbänken, die sich über das Eis breiteten, lagen Austern; unübersehbar türmten sich Fässer, Säcke, Kisten, Dosen.

In einem besonderen Raum schwammen Fische in einem großen Becken, vor dem ein Negerjunge stand und die gewünschten Fische nach Anweisung eines Kochs aus dem Wasser fischte.

Es wäre mir ganz lieb, wenn man mich hier als Fischer anstellen würde, dachte Fritz, der gespannt war, welcher Beschäftigung man ihn für wert befinden würde.

Aber das sollte sich noch nicht entscheiden. „Heute mach' nur deine Augen gut auf“, sagte ihm der Steward, „man wird dir schon zeigen, was du zu machen hast; vorläufig kannst du überall helfen. Bist du ein Deutscher?“

Fritz bejahte die Frage. „Ein Landsmann wird dir zeigen, wie du mit einer Kartoffelschälmaschine umzugehen hast.“

Fritz empfand einige Enttäuschung. War das alles, sollte er hier nur Kartoffeln schälen?

Der Landsmann hieß August. Er begann

ihm gleich die Konstruktion der Maschine zu erklären.

„ne dreckige Arbeit, hab' schon die Nase voll davon. Du mußt immer aufpassen, daß du die Maschine gut reinigst.“

„Kartoffel schälen, ich hätte mir auch eine andere Arbeit gewünscht.“

„Es ist ja noch nicht gesagt, daß du nicht was Besseres machen wirst. Das dauert immer eine Weile, bis sie herausfinden, bei welcher Arbeit sie dich lassen.“

Fritz konnte seine Blicke nicht von der Küche wenden.

„Was, da staunste, so 'ne verrückte Kiste hast du wohl noch nie gesehen?“

August hatte richtig geraten, Fritz hatte wirklich noch nie etwas Ähnliches gesehen, ja nicht einmal im Traum. Diese Küche verwirrt ihn. Das ist überhaupt keine Küche, sondern ein ungeheurer Zirkus oder ein Laboratorium mit unzähligen Abteilungen; etwas recht Merkwürdiges und Staunenswertes ist es jedenfalls.

Da steht in der Mitte, ein wenig erhöht, der Glaskasten des stellvertretenden Küchenchefs. Er sitzt vor unzähligen Tasten und einer Rohrpostanlage wie ein moderner Alchimist. Seine Glaszelle ist mit Spiegeln versehen, mit deren Hilfe er den Raum mit allen seinen fächerförmig angelegten Unterabteilungen nach allen Seiten überblicken kann.

Von der Zentrale aus hat man auch einen Durchblick in die Abwaschräume, wo das Geschirr von elektrischen Maschinen gespült wird. Hier stehen Neger und werfen das Geschirr in die Rillen, als wären sie Jongleure. Das abgespülte Geschirr wird gleich in den Nebenraum geschoben, wo es von Heißluft getrocknet wird.

Einen besonderen Raum nehmen die Schränke ein, in denen das Geschirr aufbewahrt wird. In den Schränken brennen ständig Gasflammen, damit die Teller und Schüsseln eine gleichmäßige warme Temperatur behalten.

(Fortsetzung folgt)

Flensburg

Weiter vorwärts. Die Mitgliederzahl unserer Ortsgruppe ist in den 6 Wochen seit der Gründung von 26 auf über 100 gestiegen. Erfreulicherweise stehen nunmehr eine ganze Reihe in der Flensburger SPD an führender Stelle tätig gewesene Genossen in der SAP. Am 21. Januar spricht Genosse Seydewitz in öffentlicher Versammlung im Gewerkschaftshaus. Diese Versammlung und die darauf folgende Werbeaktion werden uns das zweite Hundert Mitglieder bringen. Dafür bürgt uns der Kampfgeist und die Aktivität unserer Genossen.

Elmshorn

Die Notverordnung wirkt! Die Löhne in Elmshorn, einige Beispiele: Städtische Arbeiter: Stundenlohn 94 Pfg. (104 Pfg. vor der Notverordnung), 89 (99) und 87 (97) Pfg.; Lederarbeiter: 73 (84) Pfg.; Schlachtere: Stundenlohn 93 (98) Pfg.; Bäcker: 47,50 RM Wochenlohn (52,—); Hefearbeiter: Wochenlohn 44,10, im Dezember noch 49,— RM, im November noch 52,— RM Wochenlohn; Mühlenarbeiter: Wochenlohn 39,50 (41,50) RM, im Mai 1931 noch 51,50 RM Wochenlohn. In Staats-, Gemeinde- und Privatbetrieben gibt es verheiratete Angestellte, die kaum 100,— RM Monatsgehalt haben. In einigen Betrieben ist Kurzarbeit eingeführt. Von rund 100 Tischlergesellen in Elmshorn stehen heute 2 in Arbeit. Auf der GEG-Fleischwarenfabrik arbeiten noch 5 Mann. In den Margarinefabriken sind abermals Entlassungen angekündigt. Der amtliche Bericht des Arbeitsamtes meldet, daß die Zahl der Opfer des kapitalistischen Systems sich erheblich vermehrt hätten. Am 31. Dezember waren im Arbeitsamt Bezirk Elmshorn 15 738 (am 15. 12. 1931 14 171) als erwerbslos gemeldet, hiervon allein 4182 in der Krisenfürsorge, und etwa 4100 in der Wohlfahrtsunterstützung. Im Stadtgebiet Elmshorn waren 2119 (am 15. 12. 2008) Erwerbslose gemeldet.

Berichtigung. In dem Bericht über die Aktion unseres SJV in der Dienstnummer muß es heißen: Der KJV schreibt, ... dazu gehört, daß wir die theoretischen Grundlagen des Marxismus und Leninismus diskutieren, um die Linie zu finden, mit allen Arbeitern in roter Einheitsfront den Faschismus sowie Sozialfaschismus (nicht Sozialismus) zu bekämpfen und besiegen zu können.

Köslin

Stadtverordnetenversammlung. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Dr. Brummund (DVP) Vorsteher, Schallock (SPD) Stellvertreter, Schriftführer: Tadewald (SPD), Stellvertreter: Wutzow (Dem.). Punkt 4: Schaffung von Stadtrandansiedlungen. Interessant hierzu war die Stellungnahme der einzelnen Fraktionen. Klawenn (DVP) setzte sich für die Schaffung der Siedlungen ein. Er glaubt, daß durch Siedlungsland die Frauen der Arbeiter den Fabriken ferngehalten werden, denn er ist anscheinend der Ansicht, die Frauen gingen nur zum Vergnügen in die Fabriken. Der Demokrat Wutzow tritt ebenfalls warm für die Stadtrandansiedlungen ein, weil hier freiwilliger Arbeitsdienst möglich sei. Nazi-Spät bereitet sich auf die Regierung seiner Partei vor und machte allerhand kleine Vorschläge für die Ausführung der Siedlungsbauten. Im übrigen werden nach Anordnung des Reichsiedlungskommissars nur Projekte unterstützt, bei denen mindestens 100 Siedlerstellen vorgesehen sind. Kühne von der SPD teilt mit, daß seine Fraktion alle Bedenken zurückgestellt hat und sich für die Siedlung einsetzt wird. Der kommunistische Stadtv. Wetzel wandte sich als einziger energisch gegen diesen Plan. In der dann folgenden Abstimmung ergab sich eine Mehrheit aus SPD, Volkspartei und Nazi für den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, die nötigen Mittel für die Stadtrandansiedlungen zu beantragen. Ein Dringlichkeitsantrag der SPD, den Fürsorgearbeitern die 48-Stundenwoche zu gewähren, fand nach einwandfreiem Material des SPD-Stadtvorstandes Kühne Annahme. Die in der letzten Sitzung beschlossene Weihnachtshilfe für die Erwerbslosen ist vom Magistrat nicht ausbezahlt worden, die Durchführung des Verwaltungsstreitverfahrens wurde beschlossen.

Stralsund

Die erste Parteiversammlung. Es konnten drei Uebertritte von der SPD festgestellt werden, und es war auch möglich, Fuß in der Arbeitersportbewegung und Reichsbannerjugend zu fassen. Wir haben erreicht, daß man sich besonders in diesen Organisationen mit uns beschäftigt. Weitere Zugänge sind bestimmt von hier schon in nächster Zeit zu erwarten. Es wurde beschlossen, noch im Januar eine öffentliche Versammlung mit unserem Parteivorsitzenden Genossen Seydewitz durchzuführen. Weiter sollen zwei besondere Versammlungen mit Genossen Binder-Stettin und Fritz Lamm-Stettin durchgeführt werden. Die Wahl der Funktionäre brachte einstimmige Ergebnisse. Es wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Genosse Hans Prinz, Am Querkanal Nr. 1, zum 2. Vorsitzenden Genosse Rummy, 1. Schriftführer Genosse Boy, 1. Kassierer Genosse Wolter, Protokollführer Genosse Spindler, Jugendobmann Genosse Roessel und zum Presse- und Literaturobmann ebenfalls Genosse Boy. Es wurde beschlossen, vorläufig jeden Monat eine Mitgliederversammlung und einen Schulungsabend abzuhalten. Die Vorbereitungsarbeiten für die Jugend-, Frauen-, Schutzbund- und Kinderfragen werden ebenfalls sofort aufgenommen und entsprechende Tage im Monat festgelegt.

Aus der Werkstatt der Partei

Bezirkstagung in Westfalen-Nord

Die Delegierten der Ortsgruppen des Wahlkreises Westfalen-Nord waren zum 1. Bezirkstag zusammen. Sämtliche Ortsgruppen aus den Regierungsbezirken Münster und Minden, sowie aus den beiden Freistaaten Lippe waren vertreten.

Die Leitung des Bezirkstages lag in Händen des Genossen Zöllig, Düsseldorf. Die Delegierten stellten ihm die Genossen Buschfort, Buer, und Kolditz, Bielefeld, zur Seite. Als Schriftführer waren tätig die Genossen Bösebeck, Buer, und Blank, Gütersloh.

Genosse Zöllig hatte das politische Referat übernommen. Es gab eine marxistische Analyse der Weltwirtschaftskrise und der Situation, die wir in Deutschland vor uns sehen. Die Delegierten stimmten seinen Ausführungen zu. Bei der Behandlung der organisatorischen Fragen entschieden sich die Delegierten einstimmig für die Bildung des Bezirks Westfalen-Nord.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Bezirksvorstand: 1. Vorsitzender Genosse Buschfort, Buer-Hassel, 2. Vorsitzender Genosse Kolditz, Bielefeld, Schriftführer Genosse Bach, Dorsten, Kassierer Genosse Bösebeck, Buer. Dazu treten noch fünf in den Unterbezirken zu wählende Beisitzer.

Pressekommision: Genosse Buschfort, Buer-Hassel, Genosse Kaiser, Minden, Genosse Kreischliger, Ahlen.

Mitglied des Reichsparteiausschusses: Genosse Buschfort.

Der Grundstein für den großen Parteibeizirk Westfalen-Nord ist gelegt. Die Delegierten gingen mit dem festen Willen, dem revolutionären Sozialismus durch die Sozialistische Arbeiterpartei den Weg zu bereiten, in ihre Unterbezirke und Ortsgruppen zurück.

Unterbezirkskonferenz in Aachen

In Aachen fand eine Unterbezirkskonferenz statt. Während wir bis vor kurzem in der „schwarzen Ecke“ nur eine einzige Ortsgruppe muster konnten, waren jetzt schon die verhältnismäßig starken Ortsgruppen Aachen, Alsdorf und Stolberg ver-

treten. Die Ortsgruppe Ratsheim konnte leider keinen Vertreter entsenden.

Die Tätigkeitsberichte der Ortsgruppen meldeten, daß in den Orten Atsch, Büsbach, Eilendorf, Eschweiler, Kohlscheid, Mariadorf, Merksteil und Werselen Verbindung mit einzelnen Gesinnungsfreunden aufgenommen sind, um möglichst bald auch dort aktionsfähige Ortsgruppen zu bilden. Alle Ortsgruppen berichten, daß sie die vom Parteivorstand eingeleitete Aktion zur Bildung der proletarischen Einheitsfront auch ihrerseits aufs stärkste gefördert haben. So konnte Aachen — wie an anderer Stelle berichtet wird — sich führend an der Bildung eines antifaschistischen Einheitskartells beteiligen.

Es wurde beschlossen, im ganzen Unterbezirk öffentliche Versammlungen abzuhalten und am 23. und 24. Januar einen Wochenendkursus zur Referatenschulung durchzuführen.

Der Unterbezirksvorstand setzt sich zusammen aus den Genossen Hans Hüttermann, Cornelius Pankert, Max Nagel, sämtlich aus Aachen, Brunner, Alsdorf, Hamacher, Stolberg.

Den Abschluß der Konferenz bildete ein Referat des Genossen Dr. Mayer, Köln, über „SAP und Politik“. Seine klaren, eindeutigen Ausführungen wiesen die Fehler der beiden alten Parteien, SPD und KPD, in Theorie und Praxis nach und forderten für die SAP eine revolutionär-marxistische, gradlinige Politik, so wie sie bisher auch betrieben worden ist. Es gilt, einerseits die Einheitsfront der Proletariat gegen den Faschismus zu bilden, und andererseits durch einheitliche Taktik der SAP-Genossen die Gewerkschaften zu der unbedingt notwendigen Umstellung auf eine konsequent marxistische Politik zu zwingen.

Die nächsten öffentlichen Versammlungen mit dem Genossen Dr. Mayer, Köln, als Redner, die überall das erste öffentliche Auftreten der SAP bedeuten, finden statt: Freitag, 29. Januar, 20 Uhr, in Stolberg; Samstag, 30. Januar, 20 Uhr, in Aachen; Sonntag, 31. Januar, vormittags, in Eschweiler; Sonntag, 31. Januar, nachmittags, in Alsdorf; Thema: „Soll der Faschismus wirklich siegen?“ Sorgt für einen Massenbesuch aller dieser Versammlungen, damit unser Wollen in weiten Kreisen der Arbeiterschaft Widerhall findet!

Generalversammlung des Sportvereins „Nordstern 1907“

Die Mitgliedschaft ist sich darüber klar, daß auch die Arbeitersportler besondere Aufgaben im Interesse der kämpfenden Arbeiterklasse zu erfüllen haben. Die Berichte der einzelnen Spartenleiter waren als gut zu bezeichnen. Die Vorstandswahl brachte nur unwesentliche Veränderungen. Die Hauptfunktionäre werden die begonnene Arbeit weiterführen. An sportlichen Veranstaltungen wurden ein Städtekampf im Ringen mit „Goliath“-Hamburg und ein Sportwerbabend in Vorland beschlossen. Die erste Veranstaltung wird wieder ein sportliches Ereignis für Stralsund werden, während die zweite der Werbung auf dem Lande gilt, um dort noch mehr als bisher den Gedanken des Arbeitersports zu vertiefen. Gerade der Verein „Nordstern“ hat auf diesem Gebiete schon seit Jahren bahnbrechend gewirkt. „Nordstern“ ist der älteste Schwerathletikverein der Arbeiterschaft und hat auch Genossen der SAP in führenden Funktionen in seinen Reihen. Es wird sich hier eine gute Zusammenarbeit ermöglichen lassen im Interesse der gesamten Arbeiterklasse.

Schwerin i. M.

Liebkecht-Luxemburg-Feier. Zur Erinnerung an Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht, die für den Sozialismus ihr Leben hingaben, veranstalten SAP und SJD am 16. Januar, abends 8 Uhr im „Deutschen Haus“ in der Rostocker Straße eine Gedächtnisfeier, zu der alle Sympathisierende herzlich willkommen sind.

Halle

LLL-Feier der Naturfreunde. Sonnabend, den 16. Januar, 20 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“ Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Feier. (Gedenkrede, Rezitationen, Sprechchöre, Musik, Gesang). Alle auf dem Boden des Marxismus stehenden Klassengenossen sind zu dieser Feier eingeladen. Unkostenbeitrag 80 Pfg., Erwerbslose und Jugendliche 15 Pfennig.

Zeitz

Wir stoßen vor! Am Sonntag fand in Kayna, einer SPD-Hochburg, eine von uns einberufene öffentliche Versammlung statt. Es sprach der Genosse Scheler-Titus über den Kampf gegen die Brüning-Regierung. Albert Bergholz, Redakteur des „linken“ „Volksboten“ in Zeitz, hatte seine getreuesten Funktionäre aus dem ganzen Distrikt aufgeboten, um mit diesen die Versammlung zu stören und aufzulösen zu lassen. Der Genosse Scheler-Titus wurde dauernd unterbrochen. Die Genossen der SPD folgten ihrem lieben Albert durch dick und dünn. Was Bergholz sich an Verdrehungen über den Genossen Seydewitz und andere geleistet hat, übersteigt alle Grenzen. In der Stadt hat er nicht den Mut, in unsere Versammlungen zu kommen, vom Lande bringt er in seinem „Volksboten“ Siegesberichte. Nur

so weiter, Albert! Auch mit deiner Herrlichkeit geht es zu Ende. In Kayna hattest Du ja nur noch 8 SPD-Mitglieder in die Versammlung bringen können, das andere war von Dir kommandiert worden. Wir werden uns nicht abhalten lassen, für die Befreiung der Arbeiterklasse zu wirken, die Schädlichkeit der SPD-Führer in unserem Bezirk zu brandmarken und die Arbeiterschaft zum gemeinsamen Kampfe gegen ihre Feinde für den Sozialismus reif zu machen.

Auseinandersetzung mit der KPD. In unserer gut besuchten Versammlung im „Preussischen Hof“ hielt am Sonnabend unser Genosse Weckerle ein glänzendes Referat. Ausgehend von der schwierigen Situation des Tages, deutete er die neuerliche Verbeugung Brüning vor Hitler als die Einleitung der kapitalistischen Einheitsfront zu außenpolitischen Zwecken. Dann zeichnete er ein klares Bild von der katastrophalen Lage der Weltwirtschaft. Es gibt keinen kapitalistischen Ausweg aus der Krise. Auch die Einstellung der Reparationszahlungen kann sie nicht beseitigen. Am Ende des Weges der Brüning-Groener-Hitler-Wels kann nur ein neuer 4. August stehen. Hieraus resultiert die ungeheure Gefahr, in der sich die Arbeiterklasse befindet, wenn sie sich wieder mit nationalen Phrasen einnebeln läßt. Bereits bemüht sich Leipart, der Führer der Gewerkschaften, die „nationale Idee“ mit den Interessen der Arbeiterschaft in Einklang zu bringen. Brüning tolerieren, heißt mitschuldig werden am Untergang der Arbeiterklasse und an einem Völkermord. Nur die Uebernahme der Macht durch die Arbeiter selbst kann uns wahrhaft frei machen und bessere Lebensbedingungen schaffen. Die SAP betrachtet es als ihre vornehmste Aufgabe, die Arbeiter, nötigenfalls über die Köpfe der Führer hinweg, zu einigen, um sie schlagkräftig zu machen gegen jeden Feind und das Vertrauen zur eigenen Kraft wieder zu wecken. — In der Diskussion schickte die KPD den kürzlich zu ihr von uns übergetretenen Genossen Heinz Schmidt ins Gefecht. Er beschäftigte sich weniger mit dem Referat als mit dem bekannten Rußlandartikel Weckerles. Seine Ausführungen waren so verschwommen und unsicher, daß sich dem unbefangenen Zuhörer die Vermutung aufdrängte, Schmidts Fahnenflucht müsse andere Gründe haben als die politische Ueberzeugung. Wir sind von ihm jedenfalls, solange er in unseren Reihen stand, bessere Leistungen gewöhnt. Ein Angriff auf Severing veranlaßte die Polizei, ihm das Wort zu entziehen. Unser Genosse Schröppler deckte Schmidts Angriffe auf die SAP geschickt und logisch ab und verurteilte scharf das Verhalten der KPD gegenüber unserer Partei. Wer das Angebot zum gemeinsamen Kampf ständig ablehnt, die dargebotene Hand immer und immer wieder stur von sich weist, kann die rote Einheit nicht ehrlich wollen. In richtiger Erkenntnis dessen, daß Schmidts Auftreten der KPD mehr geschadet als genützt hat, versuchte zum Schluß der kommunistische Genosse Wagenbreth zu retten, was zu retten war. Mit einem eindrucksvollen Schlußwort Weckerles, in welchem er besonders auf die Stellung Rußlands zum westeuropäischen und ostasiatischen Völkerkonflikt einging sowie auf den Schein-

radikalismus der KPD schloß er die Versammlung, die als ein voller moralischer Erfolg für uns gebucht werden kann.

Skandalöse Zustände herrschten am Freitag an den Unterstützungsstellen, sowohl in der „Stempelburg“ wie im Rathaus. Stundenlang mußte man, wie in der Kriegszeit, „Schlange stehen“. Herr Neger, unser neuer „Ober“, glaubt wahrscheinlich, das Loch im Etat durch Verminderung der Zahlbeamten zustopfen zu können. Den Erwerbslosen darf man scheinbar alles zumuten. Die haben ja Zeit. Daß viele von ihnen vielleicht am Nachmittag noch keinen Bissen Brot und noch keinen Löffel Suppe im Magen gehabt haben mögen, weil die Unterstützung nicht einmal für sieben Tage ausreicht, geschweige denn für acht, wie es in der verflochtenen Woche notwendig war, daran hat der Herr Oberbürgermeister wohl nicht gedacht? Er war sicher auch noch nicht in der gleichen Lage. Wenn der Arbeitslose auch oft mehr Zeit hat, als ihm lieb ist, dafür hat er sie auf keinen Fall, daß er in stundenlangem Anstehen seine durch Unterernährung ohnehin gefährdete Gesundheit aufs Spiel setzt. Wir fordern deshalb sofortige Abhilfe. Das sei auch an Herrn Dr. Lorentz, den „Beherrscher“ des Arbeitsamtes, gerichtet.

Die Inventurausverkäufe haben nun auch hier begonnen. Am letzten Freitag zeigte die Stadt ein belebtes Straßenbild. Vor den Läden staute sich die bedarfsstarke Bevölkerung. Trotz der Preisherabsetzungen prägt sich Enttäuschung in den Gesichtern der Menschen aus. Man benötigt so vielerlei. Kleider und Schuhe sind heruntergerissen und konnten seit her weiß wann nicht mehr ergänzt werden. Aber was nützt die ganze Preissenkung? Die Unterstützungen reichen nicht einmal aus, um die Ausgaben für Lebensmittel, Kohlen, Miete usw. zu decken. Wenn auch ein Warenhaus vorübergehend wegen Ueberfüllung schließen mußte, so läßt das keinen Schluß auf die Gesamtlage zu. Es kann sich auch hier nur um einen Andrang nach billigen Grobgegenständen handeln. Wer unter den Arbeitern kann wohl noch an die Anschaffung eines Kleides oder eines Anzugs denken? Die Kurzarbeiter sind ebenso schlecht daran wie die Erwerbslosen, und die wenigen, die noch voll beschäftigt sind, beneidet niemand um den von Monat zu Monat karger werdenden Lohn. Das größere Nahrungsbedürfnis, Verschleiß der Arbeitskleidung, Steuern und Abgaben verschlingen fast gänzlich die kleine Mehreinnahme. Kleines Warenangebot auf der einen Seite — riesiger Warenbedarf auf der anderen Seite. Trotzdem kein Umsatz, kein Konsum. Das ist die Folge der Tolerierung dieses unsinnigen Wirtschaftssystems. — Wie lange noch, Arbeiter, wollt ihr diesen Zustand ertragen?

Schmölln

Zum Nachdenken. „Der Klassenkampf“, die wissenschaftliche Diskussionszeitschrift der SAP, enthält in der letzten Nummer neben wichtigen Artikeln über die Probleme des Sozialismus, der Diktatur, der Demokratie usw. einen wertvollen Beitrag über die internationale Währungsdiskussion vom Genossen Otto Kaufmann. Wir stellen das ausdrücklich fest, weil in Schmölln immer wieder behauptet wird, Seydewitz usw. wollten eine Aussprache über diese Fragen verhindern. Wir stellen fest, daß die SAP ihr wissenschaftliches Organ für dieses Problem zur Verfügung gestellt hat. — Und die SPD? Das entsprechende Organ der SPD lehnt diesbezügliche Artikel immer wieder ab. Hans Schumanns Zeitschrift und die „Osthör. Volkszeitung“ bringen aber doch andauernd geldpolitische Artikel? Die Zeitschrift von H. S. ist Privatsache, nicht Sache der SPD! Und die „OV“? — Man lese die Nummer vom 7. Januar unter „Haselbach“. Dort hat A. Zimmermann trotz aller Artikel von H. S. festgestellt, daß in der SPD aller Streit über Währungsfragen zu unterbleiben hat. — Und Arthur Zimmermann ist der zuständige Parteisekretär der SPD, und die Erfahrung hat bis jetzt gelehrt, daß in der SPD letzten Endes doch die Parteisekretäre bestimmen. Die SPD hat etwa 130 Zeitungen. In einer darf H. S. seine Gedanken verbreiten. Alle anderen lehnen das ab! Die SAP hat ihr wissenschaftliches Organ zur Verfügung gestellt, in dem allerdings über viele andere mindestens ebenso wichtige Fragen diskutiert wird, so daß die Währungsfrage nicht an die erste Stelle kommen kann. Ob der Genosse Schumann diese Gelegenheit, sich einen größeren Wirkungskreis zu verschaffen, auszunutzen wird? Nein! Denn — wir müssen hier schon einmal ein Wort zitieren, das H. S. im Kampf gegen SAP-Genossen so gut gefällt: „Man kennt ja den Führerkomplex aus der römischen Geschichte: Lieber in diesem Dörfchen der Erste, als in Rom der Zweite!“

Organisationsnachrichten

SAP und SJV Elmshorn: Alle Genossen treffen sich am Freitag, 20 Uhr, im Lokal Gleisenstein, Schulstr. 44. Die Leser der „SAZ“ und der „Kampftag“ sind eingeladen.

SAP Unterbezirk Deltach-Bitterfeld-Wittenberg: Güntheritz/Schlackwitz: im Gasthof Röhl, Schlackwitz, Freitag, 15. Januar, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. — Radefeld/Freiroda: im Gasthof Freiroda, Sonnabend, 16. Januar, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. — Wellenau b. Düben: im Gemeindegasthof, Sonntag, 17. Januar, öffentliche Versammlung. Referent in allen drei Versammlungen Genosse Dr. Rudolf Agricola. Zeit: Thema: „Klassenkampf oder tolerieren?“

SAP Deltisch: Donnerstag, 21. Januar, 20 Uhr, im „Lindenhol“ öffentliche Volksversammlung. Referent: Gen. Jacobson, Berlin. Thema: „Klassenkampf oder tolerieren?“

SAP Bitterfeld: Freitag, 22. Januar, 20 Uhr, im „Bürgergarten“ öffentliche Volksversammlung. Referent: Genosse Eduard Weckerle, Berlin. Thema: „Klassenkampf oder tolerieren?“

SAP Oppurg: 14. Januar, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im „Grünen Baum“. Redner: Genosse B. Grunwald.

SAP Pöschke: 15. Januar, 20 Uhr, in der oberen Turnhalle öffentliche Versammlung. Redner: Genosse August Schemm.

Der Leipziger Handballmeister ermittelt

Im Leipziger Handballbezirk ging es in diesem Jahr nicht ohne Überraschungen ab. Von der Einführung des Handballspiels im Bezirk an war Gohlis immer führend und wurde fünfmal Bezirksmeister; nur 1929 gewann Paunsdorf das Endspiel gegen Gohlis mit 2:1. — In diesem Jahr war Gohlis erstmalig nicht in der Entscheidung. — Gruppenmeister wurde in der Abteilung A 1 Paunsdorf und in der Abteilung A 2 Ostvorstadt.

Das Endspiel

Paunsdorf-Ostvorstadt 6:2 (2:1)
fand vor 3500 Zuschauern statt. Ostvorstadt spielt zunächst sehr eifrig und kommt oft vor das Tor des Gegners. Dagegen kann sich Paunsdorf nur selten freispielen. Aber die Stürmer nutzen jede Gelegenheit gut aus und erzielen zwei Tore, wovon das letzte unbedingt gehalten werden mußte. — Ostvorstadt holt bis zur Pause auf, so daß mit 2:2 die Seiten gewechselt werden. — In der zweiten Halbzeit ist Paunsdorf technisch sowie durch gutes Stellungsspiel stark überlegen. — Ostvorstadt-Hintermannschaft leistete gute Arbeit. Das konnte aber nicht verhindern, daß die gut eingespielten Stürmer der Gegenpartei durch vier weitere Tore den Schlußstand herstellten. Das Spiel war ein voller Erfolg für den Arbeitersport.
O. H. L.

Resultate aus Thüringen

Turnerbund Altenburg—Eintracht-Göbnitz 3:2, Rositz—VfL Naumburg 5:2, Crotenlaide—Lichtenstein 4:2, Meuselwitz—Rehmsdorf 4:1, II—Ehrenhain 1:2, Meuselwitz 3—Falke Kriebitzsch 1:3, Meuselwitz—Ehren II 4:2.
Gera: West—Leumnitz 3:2, Zwätzen—Weida 1:4, VfB. Neustadt—Jena-Ost 0:3.
Erfurt: VfTuR—Gräfenroda 2:5, Untergöltz—Arnstadt 7:1, Langwiesen—Gehren 6:5.
Weißfels: Theißen—Trebütz 7:1, Teuchern—Eisenberg 5:1, Hohenmölsen—Wahlitz 3:0, Naundorf—Gröben 3:3.
Saalfeld: VfB. Saalfeld—Wacker Kahla 2:1; Vorwärts Königsee—Altenfeld 7:1, ATV. Könitz—Vorwärts Rudolstadt 12:1. Dieses Resultat ist nicht nur selten, sondern überraschend und staunenswert. Hier schlug der neue Bezirksmeister den langjährigen Meister geradezu vernichtend. Rudolstadt war Meister im Saalfelder Bezirk.
Gotha: FSV. Eisenach—Tiefenort 5:0.
Jena: FSV. Jena—Bürgel 7:3, Weimar—Gera Unterhauhaus 1:6.

Sport im Sächsischen „Kohlenpott“

Zwickau-Nord und Ebersbrunn sind nun endlich als Aufstiegsandidaten der 1. Klasse ermittelt. Pöhlau und Mylau sind die Leidtragenden, die absteigen müssen. Mylau verlor das entscheidende Spiel gegen Zwickau-Nord mit 3:5.
Wilkau machte mit den thüringischen Gästen Ponitz wenig Federlesens. Ergebnis 7:3. Kürbitz konnte in Netzschkau durch geschicktes Verteidigungsspiel ein ehrenvolles 1:2 herausziehen. Oberhohndorf—Reichenbach lieferten einen wirklich erstklassigen Kampf. Oberhohndorf blieb mit 6:3 Sieger. Planitz und Zwickau-Süd trugen einen echten Freundschaftskampf aus, der mit 1:1 einen entsprechenden Ausgang nahm. Crimmitschau hatte das Treffen gegen Zwickau schon zur Halbzeit mit 4:0 in der Hand, vermochte aber auch im zweiten Gang nichts Zählbares mehr zu erzielen. Das Spiel Marienthal gegen Neukirchen endete 3:0 für Marienthal, das auch die wirklich bessere Gesamtleistung bot. Werdau verlor gegen Pöhlau 2:3, Härtendorf—Mühlstein 7:0, Friedrichsgrün I—Lichtenstein 2:4, Neuschönburg—Gersdorf 5:1.

Handballspiele

waren nur wenige am Sonntag. Das wichtigste war zweifellos das zwischen Wilkau I und Werdau I (15:3). Bei Wilkau herrschte in diesem Spiel eine Spielfreudigkeit, die wohl auf die Pause zurückzuführen ist. Die Gäste hatten dagegen einen sehr schweren Stand. Bei Werdau machte sich eine Zerfahrenheit

Schädlinge am Arbeitersport

ein Warnungsruf aus Köslin

Während die Arbeiter-Sportbewegung noch schwer unter der durch die KPD arrangierten Absonderung zu leiden hat und allen Grund hätte, alle arbeitstüchtigen, ehrlichen Kräfte zusammenzufassen, stehen immer wieder SPD-Parteilantiker auf und versuchen unter völliger Verkenntnis der wirklichen Tatsachen alle diejenigen herauszudrängen, die nicht das gleiche Mitgliedsbuch wie sie in der Tasche haben. Und was das gemeinste bei der ganzen Sache ist: es wird nicht mit offenen Karten gespielt, sondern das niederträchtige Mittel der Lächerlichmachung und Verleumdung wird angewandt, um SAP-Genossen in der Sportbewegung unmöglich zu machen.

So im Schwimmverein „Freiheit“ Köslin. Dort hat man in der Generalversammlung die mit viel Geschick und Intrigen vorbereitete Bombe gegen die Mitglieder der SAP, die z. T. wichtige Funktionen versehen hatten, platzen lassen. Man hatte fleißig gearbeitet. Monatlang war Stimmung gemacht und der „Boden vorbereitet“ worden, SPD- und Reichsbannerleute hatte man gewonnen, die zum Zwecke der Schaffung einer Mehrheit in den Verein eintraten. Aber um der Sache ganz sicher zu sein, war der bekannte SPD-Führer der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion erschienen — zum erstenmal während seiner zweijährigen Mitgliedschaft im Verein. Und so gerüstet fiel man über unsere Genossen her mit einer üblen, proletarisch unwürdigen Ehrabschneiderei, mit einer gemeinen Art, die sie zwang, ihre Mitgliedsbücher abzugeben.

Und man hat eine „siegreiche Schlacht“ geliefert, man ist tüchtige Funktionäre los geworden, wie z. B. den
Genossen Patzlaff, der zehn Jahre Mitglied und einer der Ältesten des Vereins ist, der während des größten Teils seiner Mitgliedschaft technischer Leiter des Vereins war,

der gesamten Mannschaft bemerkbar, weshalb die Elf niemals gefährlich werden konnte. Halbzeit 8:1. Nach dem Wechsel setzte Wilkau dem Gegner weiter tüchtig zu und erzielte bis zum Schluß noch sieben schöne Treffer. Werdau brachte es nur noch zu zwei überraschenden Toren. Das Spiel hinterließ einen guten Eindruck. — Wilkau 3—Planitz 2 3:6. — Cainsdorf Jugend—Planitz Jugend 2:3 (abgebr.).

Achtung, Spieler! Zum Bezirkstag der Handballer am 17. Januar in Crimmitschau ist gleichzeitig Börse. Beginn 9 Uhr vorm.

Boxkämpfe!

Interessanten für den Boxsport werden hierdurch auf die am Freitag, dem 15. Januar, im Volkshaus Planitz stattfindenden Boxkämpfe aufmerksam gemacht. Es stehen sich gegenüber VfL-Planitz und Adler-Merane. Vordem sind Schülerkämpfe.

Der Lehrgang für Skispringen,

der für den 17. Januar 1932 auf der Eulenschanze vorgesehen war, fällt aus.
Der Kreis-Wintersportwart des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbd.

Aus Burgstädt-Limbach

Im Kreiswiederholungsspiel blieb unser Meister Freiheit Taura gegen Rasensport Döbeln mit 2:1 siegreich, Taura kann nun mit weiter kämpfen um den Kreismeistertitel. Allerdings steht die Mannschaft schon am nächsten Sonntag vor einer schweren Aufgabe, sie muß in Leipzig gegen VfK. Südwest auf den Eutritzscher Platz antreten.

Die Spiele im Bezirk brachten bei vorzüglichem Wetter recht guten Sport. So spielte „Frisch Auf“ Burgstädt gegen SV. Niederwürschnitz 7:0. Wenn der Sieg hier etwas hoch ausfiel, werden sich die Anhänger freuen, obgleich die Gäste auch Erfolg verdient hatten. Trotz einiger Druckperioden in der zweiten Hälfte verstand es aber die Mannschaft nicht, sich durchzusetzen, um Tore zu schießen. Beide Partner zeigten eine ruhige Spielweise, leider kamen bei jeder Elf ein Unfall vor (ohne Schuld der Mit-

spieler). — Berthelsdorf—Rußdorf 5:0. Dem Platzbesitzer hatte man wohl einen Sieg zugetraut, aber doch nicht in dieser Höhe. Denn bei mehr Schußvermögen mußten hier einige Treffer zur Verbesserung des Resultates fallen. Der Kampf war ruhig, fair und abwechslungsreich. — Rochsburg—Mohsdorf 1:1. Hier kam es zu einem gerechten und für die Gäste schmeichelhaften Resultat. Rochsburg kann schon etwas. — Wittgensdorf I—Burgstädt II 3:4. Beide Partner zeigten ein flottes Spiel. — Berthelsdorf II—Herrenheide II 1:0. — Wittgensdorf II—Burgstädt 3:1. — Burgstädt Jugend—Röhrsdorf Jugend 6:0.

Wintersport!

Das Bezirks-Wintersportfest muß nunmehr am 17. Januar stattfinden. Ist an diesem Tag wiederum kein günstiges Wetter, wird es jeweils um eine Woche verschoben. Das Programm bleibt bestehen.

Sachsens Bezirksvertreter tagen

Am vergangenen Sonntag kamen im Dresdner Kreisheim die Bezirksvertreter zusammen, um die Berichte der Kreisleitung entgegenzunehmen und im gemeinsamen Gedankenaustausch Wege und Ziele für die künftige Arbeit zu finden. Die Bundesleitung war durch die Genossen Gellert und Bühnen vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Konferenz den Genossen Hugo Klügel zu seinem 25-jährigen Kreiskassiererjubiläum. Der Kreisvorsitzende, Genosse Peschke, berichtete eingehend von der gewaltigen verantwortungsvollen Arbeit, die in diesem schwersten Krisenjahr geleistet werden mußte, um die Organisation auf der Höhe zu halten.

47 Vereine konnten neu gegründet werden. Die Mitgliederzahl ist etwas zurückgegangen. Finanzielle Sorgen bedrücken viele Vereine mit eigenen Heimstätten und Sportplätzen. Nicht immer konnte der Kreis helfend eingreifen. Der Ertrag einer vom Staat zu veranstaltenden Geld-

lotterie soll den gefährdeten Einrichtungen zugute kommen. Beim „Freiwilligen Arbeitsdienst“ ist Vorsicht geboten. Eigene Mittel müssen vorhanden sein. Unsere Stellungnahme zur SAP darf sich nicht einseitig auswirken. Die Zeit wird auch hier Klarheit schaffen. Die politischen Auseinandersetzungen der Deutschen Turnerschaft sind beachtenswert. Die Werbeaktion wird in unseren Reihen allseitig gefördert.

Der Kassenbericht zeigt, daß erhöhte Sparmaßnahmen getroffen werden müssen. Die technische Arbeit war vorzüglich. Auch die Frauenvertreterin konnte von einer umfassenden Tätigkeit berichten. Aus der Diskussion ging hervor, mit welcher verschiebenerarteten Schwierigkeiten die Bezirke zu kämpfen haben. Die Maßnahmen der Kreisleitung wurden von den Bezirken gestützt.

Vom Kreiszeitungsdienst und „Sächsischen Arbeitersport“ referierte Genosse Hennig. Die Beibehaltung des Kreisblattes in seiner jetzigen Form wurde beschlossen. Einstimmig wurden auch die Haushaltspläne verabschiedet. Aus Kostensparnisgründen soll der nächste Kreistag erst 1933 stattfinden.

Am späten Nachmittag schloß die sachlich und anregend verlaufene Tagung.
kzd.

Organisationsnachrichten SAP

Bezirksverband Berlin: Freitag, 15. Januar, 20 Uhr, Groß-Berliner Funkturnerversammlung im Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 307. Tagesordnung: Die rote Einheitsfront, Ref. Genosse Sternhorst. Da wichtige Tagesordnungspunkte, ist Erscheinen unbedingt Pflicht. Zutritt nur gegen die gültigen Funktionsausweise. Zeitungsleute zwei Stunden früher.

Ortsgruppe Prenzl. Berg, SAP-Sportler: Montag, 18. Januar, 20 Uhr, im Altesheim, Danziger Str. 62, Kartellsitzung der Arbeitersportler. Thema: Arbeitersportler und Faschismus (Eisernen Front). Anschließend Diskussion. Ausweis mitbringen.

Ortsgruppe Neukölln: Sonntag, 16. Januar, treffen sich die Genossen um 16 Uhr zwecks Zeitungsverteilung (Werbenummer) in folgenden Lokalen: Abt. 113 Lokal Löffler, Weichselstr. 15/16; Abt. 45 Lokal Damm, Herzhornstr. 22; Abt. 610 Lokal Nogat, Eeko Nog (Th. und Badestr.; Abt. 111a bei Fomer, Franz-Korner-Str. 67.



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.

Heute, Donnerstag, 14. Januar, 1930 Uhr:

Charlottenburg-Mitte: Heim wie bekannt. „Erlebnisse der russischen Politik“.

Frankfurter Allee II: Heim, Frankfurter Allee 307.

Hans: Heim, Lehrter Str. 18/19. — Sowjetland.

Mitte-Nord: „Ernst Toller“; Heim, Elisabethkirchstraße 10. — Kästner-Abend.

Mitte-Süd: Heim, Waisenstr. 18. — Einheitsfront SPD I.

Moabit: Heim, Lehrter Str. 18/19. — Rußland.

Schöneberg-Friedenau: Wir beteiligen uns geschlossen an der öffentlichen Versammlung in Moabit, Wielestraße.

Währer Platz „atletti“: Heim, Prenzlauer Allee 34. — Tagespolitik.

Westend: Heim, Sportplatz. — Tagespolitik.

Wellensee „Karl Marx“: Heim, Lokal Bohacek, Mühlbachplatz Ecke Wilhelmstr. — Die politische Lage.

Aktionsbezirk Nord-Ost: Heute, 20 Uhr, Heim, Prenzlauer Allee 34. — Obmann-Konferenz.

Unterbezirk Charlottenburg: Öffentliche Versammlung am Freitag, 15. Januar, Abt. 113, Heim, Sportplatz. Gegen Faschismus für proletarische Einheitsfront.

Aktionsbezirk Ost: Heim, Ebertstr. 12. — Obmann-Konferenz.

Aktionsbezirk Nord: Öffentliche Versammlung, Gesamtbeteiligung. Moabit-Gesellschaftshaus, Wielestr. Es sprechen die Genossen Frankenthal und Rosenfeld. 10 Uhr anwesend sein.

Mittelteil der BL: Alle Gruppen, die keine Veranstaltungen haben, beteiligen sich geschlossen an der öffentlichen Versammlung im Moabit-Gesellschaftshaus, Wielestr. Es sprechen die Genossen Frankenthal und Rosenfeld.

Erwerbslosenstaffel Groß-Berlin: Morgen, Freitag, 15. Januar. Alle erwerbslosen Genossen und Genossinnen pünktlich 10 Uhr im Sekretariat, Kranzdeputation.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: W 111 Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Druck: Georg Koenig, auch in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2004.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2005.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließl. Bestellgebühr. Durch die Post bezogen: RM 2,40 und RM —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsbetriebe.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postbelegkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 923.

Volkstheater
Theat. z. Halbesl.
D 1, Norden 2946
8 Uhr

Die Großherzogin
von Geroldstein

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Tische: 17 Wechsel 3422
8.15 Uhr

Eine Frau
von Formet

Werbt für die SAZ

Karl Gorisch

Breslau
Schauspielhaus
Donnerstag, Freitag
8.15 Uhr
Letzte Aufführungen

Frühling im Wiener Wald
mit Wien populärem Komiker

Josef Egger
Sonnabend u. täglich
8.15 Uhr
neu einstudiert

Das Dreimäderlhaus
mit
Reinrich Pacher
von der Volksoper
in Wien
und den anderen
Wiener Gästen

Die gegen Herrn
Malwale, Berg-
straße 40, aus-
gestobene Beleidigung nehme ich nach
schiedsmännlichem
Vergleich mit Be-
dauer zurück.

Karl Gorisch

P. auen
Möbliertes
Zimmer
frei pro Woche 4 Mk.

Eberhardt,
Schillerstr. 103

Das Kampfsignal

morgen

neu!

Arbeitersportler!

Tv. Freie Turnerschaft
Mylau i. V.

Am Sonntag, 17. Jan., 16 Uhr, hatten wir in der Halle unsere diesjährige
Hauptversammlung
ab. Turngenossen u. -genossinnen, er-
scheint zahlreich! Wichtige Tagesordnung!
Der Turnrat.

Das Kampfsignal

morgen

neu!

Arbeitersportler!

Les den Klassen-

kampf

Stärkt den

Presse

Fonds

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ

SAZ



Proletarische Einheitsfront marschiert!

Eindrücke im Vogtland / Von Fritz Rück

Ständig neue Ortsgruppen.
 In Röttha bei Leipzig wurde eine Ortsgruppe der SAP gegründet. Im Anachener Gebiet entstanden innerhalb weniger Tage Ortsgruppen in Alsdorf, Stolberg und Ratsheim. Neue Gründungen stehen bevor.

Die Mitgliederzahl wächst
 In Würzburg wurden in einer einzigen Versammlung zehn neue Mitglieder aufgenommen.

In Flensburg ist in den sechs Wochen seit bestehen der Gruppe die Mitgliederzahl von 26 auf 100 angewachsen.

Sieben Neuaufnahmen sind das Ergebnis einer SAP-Versammlung in Reichenbach im Vogtlande.

Zwickau, 12. Januar 1932.
 Auf der Straße in Zwickau stehen Gruppen von Arbeitslosen, und ein eifriger Polizist hält sich für verpflichtet, die Ansammlung zu zerstreuen. Dabei passiert in Zwickau nichts, und im ganzen Vogtland geschieht nichts, aber die Männer und Frauen ohne Arbeit stehen im Weg. Unser wohlgeordnetes Staatswesen wird nicht mehr fertig mit ihnen, trotz aller Unterstützungskürzungen leben sie noch und haben sogar den Mut, sich auf den Straßen der Städte zu zeigen. Wenn dieses Heer von Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfängern zu nichts anderem mehr zu gebrauchen ist, könnte man doch Soldaten aus ihnen machen und einen kleinen Weltkrieg mit ihnen führen, denkt sich so mancher Bürger, der um die unerlaubte Ansammlung einen großen Bogen macht.

„eiserner bolschewistischer Entschlossenheit“ treten die Kommunisten auf der Stelle und propagieren vorläufig noch die Notwendigkeit der RGO-Politik. Aber die Argumente sind schwach, und der Ton ist gedämpft, die Mitglieder hören bei jeder suchlichen Auseinandersetzung nachdenklich zu. Sie haben den Willen zur Einheitsfront, und obwohl die beauftragten Diskussionsredner immer wieder betonen „aber unter Führung der Kommunistischen Partei“, beginnen sie, sich an diesem negativen Stachelnagel zu stoßen.

das wird sich ändern, die Notwendigkeit dazu wird gerade von den aktivsten Kräften deutlich empfunden. Die Begleiterscheinungen der Spaltung werden allmählich überwunden und man kommt zum Kern der Trennung von der SPD: zum prinzipiellen Gegensatz gegen die reformistische Politik und zum Ausgangspunkt der Herausbildung einer revolutionären Klassenkampfpolitik.

Als ein Hemmnis der organisatorischen Entwicklung der Partei erweist sich die im provisorischen Statut festgelegte Selbständigkeit der einzelnen Ortsgruppen. Eine stärkere Zentralisation der finanziellen Mittel und der politischen Führung bei der Bezirksleitung ist für die gesunde Entwicklung des ganzen Bezirks und der einzelnen Ortsgruppen unbedingt erforderlich.

Die SAP schlägt eine Brücke

Aber im ganzen genommen ist die Entwicklung und der Aufbau der SAP einer der wenigen Pluszeichen dieser Zeit, die das Proletariat in Gärung findet aber noch nicht im Kampf. Die Arbeiter sind sich näher gekommen, der unüberbrückbare Abgrund, den die reformistische Politik der SPD auf der einen Seite und die ultralinke Taktik der KPD auf der andern gerissen hatte, beginnt, sich zu schließen. Die Voraussetzungen für eine wirkliche Einheit der Klasse im Kampfe reifen heran, es geht langsam, zu langsam, wenn man den Prozeß mit dem Tempo der allgemeinen Zuspitzung vergleicht, es gibt gefährliche Rückschläge, aber der allgemeine Eindruck ist doch: das Proletariat beginnt sich auf sich selbst und auf seine revolutionären Aufgaben in der Krise zu besinnen. Die Bürger reden von Krieg, die Hakenkreuzler trommeln ihre Losungen durchs Land, das Proletariat bereitet sich darauf vor, ihnen das Handwerk zu legen. Seine stärkste Waffe in diesem Stadium des Aufmarsches ist die Schmelzung der revolutionären Einheitsfront im Kampfe gegen den Faschismus.

Noske tobt

Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich die „Berliner Volkszeitung“ mit dem Herrn aus Hannover und seinem Erguß, „den die Redaktion des „Völkischen Beobachters“ mit Konkurrenzneid betrachten wird“. Weiter:
 „Eine längst dementierte Falschmeldung gibt dem Herrn aus Hannover den gesuchten Vorwand, ein nationalistisches Potpourri vorzutragen; Hypothesen und Vermutungen müssen erhalten, damit ein Don Quichotte gegen Windmühlen Attacken reiten darf“
 „Noske, der sich wohl zu Unrecht rühmt, daß er vom deutschen Wehrwesen etwas verstehe — wie gut hat er im März 1920 doch Bescheid gewußt! —, verstelgt sich schließlich zu der seinen Artikel krönenden Mordaufrorderung.“ (Deren seelenvoller Wortlaut unseren Lesern bekannt ist.)
 „Mit diesem Satz hat der Oberpräsident also glücklich den Anschluß an den Oberleutnant Schulz, das Haupt der deutschen Feme, gefunden. Und höher gehts nun nimmer! Wir gratulieren!“
 Zum Schluß fragt die BVZ den preußischen Innenminister, ob er denn widerspruchlos „eine solche Betätigung hinnehmen“ wolle und wo die „Notverordnung zur Sicherung von Ruhe und Ordnung“ bleibe, „um eine solche aus dem Nichts entfesselte Attacke des Oberpräsidenten der Provinz Hannover zu unterbinden“.

Man spricht vom Krieg
 Wo man sitzt oder geht, wird vom Krieg geredet. Vom letzten und davon, daß bald wieder einer kommen könne. Der Gedanke liegt gewissermaßen in der Luft, und viele greifen danach. Nur über den Feind, gegen den man marschieren will, bestehen Unklarheiten. Werden es nach alter deutscher Art und Sitte die Franzosen sein oder die Polen oder die Russen. „Wenn der Fünfjahresplan verwirklicht wird, verlieren wir unsere wichtigsten Absatzmärkte“ erklärte in Wildenfels der Werkmeister einer Kugellagerfabrik dem staunenden Stammtisch. „Ein Krieg gegen Rußland bringt uns den Bolschewismus ins Land“ antwortete ihm ein pensionierter Kriminalwachtmeister. Die Volksseele weiß noch nicht recht, ob und wann sie ins Kochen kommen soll. Aber es brodelt bedenklich im Topf. Die Nazis halten überfüllte Versammlungen ab, die Versammlungen der Arbeiterschaft sind schwach oder mittelmäßig besucht. Die Sozialdemokratie wagt es schon gar nicht mehr, Versammlungen einzuberufen, sie fürchtet die Zuhörer, und sie fürchtet die Diskussion. Mit

In Falkenstein
 Das Falkenstein Beispiel läßt viele aufhorchen. In Falkenstein ist von SAP und KPD eine gemeinsame antifaschistische Arbeiterwehr geschaffen worden, die auch viele politisch unorganisierte Proletarier angezogen hat und die mit 400 Mann aufmarschiert. Seit Schaffung dieser Arbeiterwehr führen die Nationalsozialisten ein sehr zurückgezogenes Leben, während sie vorher offen die Hauptstraßen terrorisierten und Arbeiter anrempelten, wagen sie dies heute nicht mehr. Der erste Schritt praktische Einheitsfrontpolitik hat sie in ihre Schlupfwinkel und Versammlungssäle zurückgejagt. Auch die Diskussion zwischen KPD und SAP bewegt sich in Falkenstein auf einem anständigen und sachlichen Niveau und wenn das gegenseitige Verhältnis so bleibt, können die Faschisten einpacken. Sie haben die Schlacht dann verloren, bevor sie richtig begonnen hat.

Interessant ist es, zu beobachten, wie die Ortsgruppen der SAP seit der Lösung von der SPD innerlich gewachsen sind, sie sind nicht mehr bloß „Opposition“, sondern beginnen die Notwendigkeiten einer zickelaren, revolutionären Taktik zu begreifen und zu studieren. Am schwächsten steht es in Zwickau selbst, wo die Partei nicht recht von der Stelle kommt und noch zu sehr an den Einzelheiten der Auseinandersetzungen hinter und vor den Kulissen festhängt. Aber auch

Berufung im Breslauer Kommunisten-Prozeß

Zusammenstoß zwischen Staatsanwalt und Verteidiger

In Breslau beginnt soeben die Berufungsverhandlung in dem Kommunistenprozeß, dessen Hintergrund der Stahlhelms, vom Mai 1931 bildet. Damals war eine Fahnenabteilung des Gaues Schlesien des Stahlhelms entgegen den Vereinbarungen mit der Polizei durch die Melkgaasse marschiert. Dabei war es zu einem Zusammenstoß und zu Schießereien mit Kommunisten gekommen. Der Stahlhelmsmann Gustav Müller wurde getötet.

Die weitere Vernehmung der Angeklagten ergibt das für jeden klassenbewußten Proletarier traurige Bild, daß die Angeklagten, die „Genossen“, sich gegenseitig Unehrllichkeit vorwerfen, sich wissentlich gegenseitig belasten. So erklärt der Angeklagte Feinen: „Ich will den Genossen Hübner (Hauptangeklagter und in erster Instanz zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt) einmal fühlen lassen, wie das ist, wenn man andere belastet“. Hübner dagegen „staunt“, daß ihn „die Genossen belasten“ und erklärt zur Aussage des Ange-

klagten Markus, dieser habe eine „bewußte Lüge“ getan. Wenn er (Hübner) gewußt hätte, was kommt, hätte er das „ganze extreme Geschehen unterbunden“. Das klingt fast wie die Worte des Vorsitzenden: es wäre doch besser gewesen, die Arbeiter hätten sich überhaupt nicht auf der Straße gezeigt“. Demonstrationsfreiheit für die Faschisten, Demonstrationsverbot für die Arbeiterschaft! Das scheint der Vorsitzende für angebracht zu halten. Die Verhandlung wird fortgesetzt.

Nazi-Uberfall auf SAP-Genossen

Polizei kümmert sich nicht um „den Dreck“.
 Harburg, 13. Januar.
 In einer dieser Tage stattgefundenen Versammlung kam es zu Zusammenstößen zwischen unseren Genossen und Nationalsozialisten.
 Ein Trupp von zirka 70—80 Nazis fiel über einzelne Genossen des Schutzbundes und des Sozialistischen Jugendverbandes her und schlug sie nieder.
 Als die beiden anwesenden Polizeibeamten von einem unserer Genossen aufgefordert wurden, einzugreifen, erklärten sie ihm,
 er solle sich um „seinen Dreck“ kümmern und nicht um die Angelegenheiten der Polizei.

Die Berufungsverhandlung beginnt mit einem Antrag des Verteidigers Dr. Bach, den Beisitzer Dr. Prüfer wegen Befangenheit abzulehnen. Der Staatsanwalt Dr. Patschowsky widerspricht. Das Gericht lehnt den Antrag ab. Der Angeklagte Fabian widerruft die in der ersten Instanz geäußerten, seine Genossen belastenden Aussagen. Der Angeklagte Rother schildert noch einmal, wie man aus dem Verkehrslokal, in dem sich die Angeklagten, meist Mitglieder der Antifa, aufhielten, beim Nahen des singenden Stahlhelmszuges herausgestürzt und wie es dann zu dem Zusammenstoß gekommen sei. Ein blutbefleckter Dolch mit dem eingeritzten Datum 30. 5. 31, den man in der Nähe des Aufenthaltsortes des Erich Rother fand, ergibt keinen Schluß auf die Schuld des Angeklagten am Tode Müllers.

Soweit Herr Professor Heimann

In den „Neuen Blättern für Sozialismus“ beschäftigt sich Professor Eduard Heimann mit der berechtigten Fragestellung: „Warum SPD?“ Er ist Verteidiger der Tolerierungspolitik, auf philosophisch: er glaubt, daß eine „aggressive und elastische sozialistische Politik binnen kürzester Zeit entscheidende Schläge gegen die Kapitalherrschaft führen kann, sobald sie wieder etwas Spielraum hat“. Die frühere Opposition der SPD und jetzige SAP hält Heimann für politisch unproduktiv: „Es wurde früher das echte Motiv in der Haltung der Linksoption gwürdigt: durch Rückgriff auf die altmarxistische Doktrin die altmarxistische Gläubigkeit, Reinheit und Geschlossenheit wiederzugewinnen. Aber dieser Rückgriff selbst ist reaktionär: er klammert sich an ein überholtes Stadium der Geschichte und die ihm zugehörige Sicht, er entzieht sich der Schwere der Wirklichkeit. So kommt es, daß man hier auf konkrete politische Fragen eine konkrete politische Antwort niemals geben kann, daß man zwar die offizielle Politik der Partei unter Berufung auf den Wortlaut der marxistischen Doktrin ablehnt, aber diese Doktrin auf die Gegenwart nicht anzuwenden weiß. In der marxistischen Doktrin steht eben nichts von der Finanznot der Sozialeinrichtung, nichts von der Vitalrevolution, nichts von der unentrinnbaren Angewiesenheit auf den kapitalistischen Weltmarkt, nichts also von der Komplexenwirklichkeit der heutigen deutschen Politik. Es gibt aber kein anderes Feld der Bewährung für eine marxistische Politik als die heutige Wirklichkeit.“

bilisierung des Elends, um den Kapitalismus zu stützen, weil die „unentrinnbare Angewiesenheit auf den kapitalistischen Weltmarkt besteht“. Auf vielen verschlungenen Gedankengängen kommt Heimann zu dem Schluß: „In diese Partei (die SPD) muß man eintreten, auch wenn sie einem in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht gefällt; denn sie ist an den objektiven Platz gestellt, der allein eine sozialistische Lösung der kapitalistischen Not aus der deutschen Wirklichkeit heraus erlaubt und fordert.“

Das ist die philosophische Begründung der „Wo bleibt der zweite Mann?“-Parole einer bankrotten proletarischen Partei, die gelegentlich noch marxistische Ideologien entwickelt, nirgends aber den Mut zu einer marxistischen Politik beweist.

Der Kapitalismus ein Tollhaus

„Ein Marsbewohner, plötzlich auf die Erde versetzt, müsse glauben, in ein Tollhaus zu kommen, sähe er die nackte Not inmitten des Ueberflusses.“ Diesen richtigen Satz prägte das englische Unterhausmitglied Boothby gelegentlich eines Diskussionsabends, der am 11. Januar vom Institut für auswärtige Politik in Hamburg veranstaltet worden ist. Ungewollt gab Boothby damit ein überzeugendes Bild von dem gegenwärtigen Zustand. Dieser Zustand ist aber nichts anderes als der Kapitalismus und wer das Tollhaus beseitigen will, der muß schon jenem zum Sturz verhelfen. Diese Konsequenz zeigt Boothby freilich nicht. Er glaubt schon, daß — „in sechs Monaten“ — der allgemeine Wohlstand wiederkehre, wenn man die Reparationen und die internationalen Schulden streiche sowie zu einer Zusammenarbeit der Notenbanken und „vernünftigen Zollabkommen“ komme. Nur einem Irren kann es einfallen, einem Tollhaus Vernunft zu predigen.

„Textilarbeiter“ gegen Reparations-Märchen

Es ist immer eine Genugtuung, wenn durch den Höllenlärm der entfesselten nationalistischen Meute hier und da auch die Stimme der Vernunft durchdringt. Das geschieht klar und deutlich in der letzten Nummer des „Textilarbeiter“. Er macht Front gegen den ganzen Irrsinn der Reparationshetze, Front also auch gegen Leipart und andere Gewerkschaftsführer.
 „Man könnte die Reparationszahlungen,“ so heißt es in dem Artikel, „beseitigen, was ja seit Sommer 1931 praktisch der Fall ist, und man wird sehen,
 daß die Wirtschaftskrise in Deutschland wesentlich andere Ursachen hat und daß diejenigen Leute an deren Beseitigung kein Interesse haben, die das Wirtschaftselend bei uns immer auf Reparationen und Marxisten abschieben.
 Man betrachte also die Auswirkungen einer erfolgreichen Reparationspolitik ohne Phantasie. Man erspart sich dadurch Enttäuschungen. Wie man sich Enttäuschungen ersparen wird, wenn man sich nicht einbildet, man brauche nur nach Lausanne zu gehen und alles sei in Butter.“
 Es gehört heute leider schon Mut dazu, solche Selbstverständlichkeiten auszusprechen. Um so erfreulicher die Zivilcourage des „Textilarbeiter“.

Zu einem Zwischenfall kommt es, als der Berichterstatter der kommunistischen Arbeiterzeitung erscheint. Staatsanwalt Dr. Patschowsky stellt einen schriftlichen Antrag auf Ausweisung des Berichterstatters, der die Persönlichkeit Patschowskys seinerzeit im „Roten-Hilfe“-Pressebericht entsprechend beleuchtete. Der Gerichtsbeschuß gibt jedoch dem Antrag nicht statt.
 Der Angeklagte Max Rother bleibt bei seinen früheren Aussagen und wehrt sich besonders gegen die Behauptung, daß sein Hemd Blutflecke aufgewiesen habe. Frau Bruschke, in erster Instanz zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, erklärt, Max Rother habe Hieb- und Stichwaffen nicht besessen.
 Es kommt dann zu Zusammenstößen zwischen dem Verteidiger und dem Staatsanwalt.

Der schöne Stil Heimanns macht seine Behauptungen nicht richtiger — witzig ist nur, daß die SPD nach seiner Auffassung eine marxistische Politik treibt, KPD und SAP aber reaktionär sind. Er kann es nicht begreifen, daß die SAP den allerdings sozialistischen Mut hat, sich zum Marxismus als der Theorie der politischen Praxis des Proletariats zu bekennen und gerade deshalb den Marxismus auf die Gegenwart auch in der politischen Handlung anzuwenden wissen wird. Allerdings steht die SAP nicht auf dem Standpunkt Heimanns, daß marxistische Politik ist: Mitarbeit an der Erhaltung des Kapitalismus und Sta-

Der Verteidiger Dr. Bach stellt den Antrag, den Volkswacht-Redakteur Walter Ludwig zu laden, der bekunden soll, daß Ueberfälle auf die Arbeiterschaft seitens des Stahlhelms stattgefunden haben. Dr. Bach beantragt ferner die Ladung des Kriminalbeamten Glabisch, der Anzeigen wegen Mißhandlung von Arbeitern empfangen hat. Der Staatsanwalt wendet sich gegen diese Anträge. Es kommt deshalb zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen ihm und dem Verteidiger. Dieser erklärt, eventuell auch die Ladung des Koblenzer Polizeipräsidenten zu beantragen, der unter Eid aussagen kann, daß Stahlhelmeute provoziert haben.

Neuer Angriff auf die Pfändungsgrenze?

Die Regierungsverordnung, die Ende Dezember einige Gesetze usw. verlängerte, hat u. a. auch das Lohnpfändungsgesetz verlängert, allerdings nur auf kurze Zeit.

Nun erfährt man auch die Gründe der Verlängerung. Man ist sich nämlich nicht einig geworden über die gleichzeitig geplante Herabsetzung. Der Einzelhandel wollte auf 125 RM. herunter, und die Regierung wollte nur 150 RM. (gegen jetzt 195 RM. im Monat) zubilligen. Man hat daher die bestehende Regelung kurzfristig verlängert, um nachher umso stärker senken zu können. Inzwischen gehen hinter den Kulissen die Verhandlungen weiter.

1927 betrug die Pfändungsgrenze auch nur 125 RM., so argumentiert man in den Interessentenkreisen, also müsse auch im Sinne der Notverordnung die stark überhöhte (!) Pfändungsgrenze auf diesen Satz wieder herunter. Das Tollste aber ist der Versuch, die absolute Grenze in eine elastische umzuwandeln: man will damit eine Bresche in den Schutz der geringsten Einkommen schlagen, denn man verlangt nichts anderes, als daß ein bestimmter Prozentsatz eines jeden Einkommens ohne Mindestgrenze zukünftig für pfändbar erklärt wird.

Mit aller Schärfe und Deutlichkeit müssen sich Konsumenten- und Arbeitnehmerorganisationen gegen solche Pläne zur Wehr setzen.

Die fällige Negersteuer

Für Lohnempfänger ist die erste Rate der Bürgersteuer bei der nächsten auf den 10. Januar folgenden Lohnzahlung vom Arbeitgeber einzubehalten und binnen 1 Woche an die in der Steuerkarte bezeichnete Wohnsitzgemeinde des Arbeitnehmers abzuführen. Eine Reihe von Gemeinden haben bekanntlich diese Steuer um ein vielfaches erhöht, so daß diese Steuer, die in der Reihe der unsozialen Steuern an der vordersten Spitze steht, eine drückende Belastung für die breiten Massen bildet. Um diese Wirkung zu mildern, soll die Entrichtung in Raten erfolgen können, soweit die Gemeinden dies bestimmen. Die Bürde selbst, ebenfalls ein Bestandteil des „kleineren Übels“, wiegt darum freilich nicht leichter.

Goerdelers neuester Erfolg

Berlin, 13. Januar.

Im Rahmen der allgemeinen Preissenkungsaktion hat der Reichsverkehrsminister die den amtlich anerkannten Sachverständigen zustehenden Gebühren für die Prüfung von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeugführern, Fahrlehrern, Lehrwagen und Lehrmitteln herabgesetzt. Die Gebühren sind im allgemeinen um 10 vH, die Gebühren für die Prüfungen von Kleinkraftfahrzeugen und für gewisse Führerprüfungen um 20 vH gesenkt worden.

Auch ein Nordloyd-Kapitel

Anlässlich des neuesten Skandals um unsere „Wirtschaftskapitäne“ sei noch auf einen Einzelfall hingewiesen, der am besten zeigt, mit welchen Mitteln auf der anderen Seite der Norddeutsche Lloyd gearbeitet hat und heute noch arbeitet. Die Reederei unterhält im Sommer neben ihren Hauptlinien von Bremerhaven aus nach den Seebädern noch eine andere Verbindung von Wilhelmshaven nach Wangerooze und Helgoland. Die damit verbundenen Arbeiten (Dampferabfertigung, Propaganda und Verkauf der Fahrkarten) hatte der Nordloyd, wie schon in den Vorjahren, auch 1930 dem Wilhelmshavener Verkehrsdirektor Eberhard, einem pensionierten Volksschullehrer, übertragen. Es waren ihm von der Gesellschaft als Entgelt für die gesamte Sommerarbeit, die anstrengend und aufreibend ist, die an Werktagen und Sonntagen in aller Frühe und am späten Abend ausgeführt werden muß, 300 Mark zugesichert worden. Am Ende der Saison erfuhr Herr E. jedoch nichts vom Norddeutschen Lloyd. Er fragte an. Die Antwortbriefe enthielten Verströmungen. Er sprach bei gelegentlichen Besuchen in Bremen persönlich bei der Direktion vor. Nachdem der Zahlungstermin immer wieder hinausgeschoben worden war, erhielt er eines Tages den bündigen Bescheid, der Norddeutsche Lloyd sähe sich zu „seinem Bedauern“ nicht imstande, seiner Zahlungsverpflichtung nachzukommen.

Der Geprellte sah seinerzeit von einer Klage gegen die betrügerische Großreederei ab, da er fürchtete, daß ein solches Vorgehen für seine Tochter, die damals noch Angestellte des Norddeutschen Lloyds war, nachteilige Folgen haben könnte. Inzwischen ist sie jedoch entlassen worden. Man muß annehmen, daß die kurz vor Weihnachten vom Lloyd vorgenommenen Entlassungen in mittelbarem Zusammenhang stehen mit den betrügerischen Spekulationsgeschäften der Herren Aufsichtsratsmitglieder. Der mitgeteilte Fall dürfte symptomatisch sein für die Geschäftspraktiken des Norddeutschen Lloyd.

Nicht Bewag, sondern Favag! In dem Bericht „Nach Nordwolle Nordloyd“ (SAZ vom 13. Januar) war gesagt worden, daß bei der behaupteten Aktenschlebung „offenbar Methoden zur Anwendung gekommen sind, die man vor allem aus den Skandalen der Bewag, der Nordwolle und des Schultheiß-Konzerns kennt“. Die „Bewag“ rangiert in dieser Reihe zu unrecht. Es mußte natürlich heißen: Favag.

Furcht vor der Wahrheit

Pariser „Volonté“ zum Verbot des „Anderen Deutschland“

Die Pariser deutschfreundliche Tageszeitung „La Volonté“ schreibt unterm 11. Januar:

„Wir erfahren aus Berlin, daß die republikanische und pazifistische Zeitschrift „Das Andere Deutschland“ bis zum 5. Februar verboten worden ist, weil sie einen Artikel von Victor Basch „Antwort an die maßgebenden Kreise Deutschlands“ veröffentlicht hat.“

Der Artikel, um den es sich handelt, ist unseren Lesern bekannt, denn es handelt sich um den Aufsatz, den unser hervorragender Mitarbeiter in der „Volonté“ als Antwort auf bestimmte Berliner Meinungsäußerungen geschrieben hat — Meinungsäußerungen, die unser Berliner Korrespondent C. Santoro zusammengestellt und in unserem eigenen Blatt veröffentlicht hatte.

Daraus ergibt sich, daß es also eine freie und unabhängige französische Zeitung gibt, die unseren Lande über die wirkliche Gesinnung Deutschlands Bericht erstattet — daß aber, wenn auch jenseits des Rheins eine ebenso freie und unabhängige Zeitung das

deutsche Publikum über die Auffassungen französischer Kreise hinsichtlich des deutschen Standpunktes aufklärt, dann die deutschen Amtsstellen dazwischenfahren und Beschlagnahmen und Verbote verhängen.

Wir könnten darauf hinweisen, daß eigentlich die vorbehaltlos für die deutsch-französische Verständigung einsetzende Politik der „Volonté“, sowie das Ansehen Victor Baschs, des Präsidenten der französischen Liga für Menschenrechte, den vom „Anderen Deutschland“ veröffentlichten Artikeltext vor Willkürmaßnahmen hätte schützen müssen. Aber wir wollen davon schweigen.

Jedoch legen wir Wert auf die Feststellung, daß solche Methoden peinlich berühren und unzulässig sind. Vor allem aber sind sie eine Demütigung für Deutschland selbst. Denn sie beweisen, daß zwar diesseits des Rheins die Wahrheit frei ist, daß man sich aber jenseits des Stromes vor ihr fürchtet...“

Die zurückhaltenden Worte der „Volonté“ bedürfen keines Kommentars.

Agrarpolitik in der Sackgasse

Vor neuen Zollerhöhungen und Subventionen

„Die Agrarpolitik der letzten Jahre hat mehr Bausteine für die Zukunft geliefert, als mancher von Ihnen heute vielleicht sieht.“ — Selbstzufrieden klangen diese Sätze am Montag im Rundfunk aus dem Munde des Reichsernährungsministers Schiele. Leider hat er es im Eifer unterlassen, die von ihm gerühmten „Bausteine“ näher zu beschreiben. Der Laie und Konsument weiß nur, daß die Agrarpolitik, für die Schiele verantwortlich zeichnet, ihm das tägliche Brot um das zwei- und dreifache gegenüber denjenigen Ländern verteuert, deren Ernährungsminister sich nicht wie Schiele rühmen können. „Bausteine für die Zukunft“ in solcher Zahl geliefert zu haben. Eben darum muß es größte Besorgnis und Beunruhigung erregen, daß Schiele in dem gleichen Vortrag mit der Ankündigung endete: „Ich will zum neuen Jahr nur sagen, daß die Reichsregierung sich nicht irremachen läßt in ihrem Ziele, dem sie schon in den aller-nächsten Tagen einen neuen deutlichen Ausdruck verleihen wird.“

Das kann doch nur heißen, daß die Reichsregierung entweder neue Zölle oder neue Subventionen für die Landwirtschaft auf Kosten der Allgemeinheit plant. Diese Schlussfolgerung ist auch keineswegs ganz abwegig. Tatsächlich weiß die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ zu berichten, daß die „zuständigen Stellen“ sich zur Zeit mit dem Plan beschäftigen, der Landwirtschaft mit einer Ausfallbürgschaft unter die Arme zu greifen. Genannt wird hierbei der Betrag von 300 Millionen Reichsmark.

Aber hatte nicht soeben erst die Reichsregierung durch die vierte Notverordnung das ganze Füllhorn ihrer Gaben ausgeschüttet und war nicht das notverordnete Moratorium als

die große Hilfe gedacht gewesen, die alle weiteren Stützungsmaßnahmen in absehbarer Zeit überflüssig machen soll? Nun, das war die ausgesprochene und laut verkündete Absicht gewesen. Aber es ist auch eingetreten, was jeder Laie als Wertung des Moratoriums voraussagen konnte:

dem ganzen landwirtschaftlichen Kredit ist durch das Moratorium das Genick gebrochen worden.

Gewitzigt durch die Erfahrung, aufgeschreckt durch die erlittenen wie noch zu erleidenden Verluste gibt niemand mehr der Landwirtschaft Kredit. Warenlieferungen erfolgen nur noch gegen Barzahlung und vor allem bestehen die Düngemittelfabrikanten auf prompter und sofortiger Zahlungserfüllung. Da die Landwirtschaft dazu aber nicht imstande ist, so wird

die ganze neue Ernte bedroht,

wenn nicht neue Hilfe geschaffen wird. Das ist die Situation, die Schiele mit seinen „Bausteinen für die Zukunft“ geschaffen hat: Die Landwirtschaft ist nicht von dem drohenden Ruin gerettet, sondern nur näher an den Abgrund geschleudert worden, und die Summen, die den Steuerzahlern zugunsten der Landwirtschaft aufgebürdet werden, schwellen immer höher an. Und der Lohn? Er besteht, wie wir schon sagten, allein daraus, daß die deutsche Bevölkerung für die wichtigsten Ernährungsmittel das zwei- und dreifache der Weltmarktpreise zahlen muß. Schlechter können sich Ausgaben wohl nicht lohnen. Aber Schieles Zuversicht ist unzerstörbar: er ist zufrieden, „Bausteine für die Zukunft“ geliefert zu haben...“

Sozialpolitische Ecke

Eine Million

Verfahren in der Sozialversicherung

Vom Reichsversicherungsamt wird der Tätigkeitsbericht veröffentlicht. Nach der Reichsstatistik sind 1 000 000 Verfahren im Jahre 1930 mehr als im Jahre 1929.

Hier zeigt sich so recht die außerordentliche Wirtschaftsnot der versicherten Bevölkerung. Während in Zeiten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur so manches Rentenverfahren nicht durchgeführt wurde von den Versicherern, muß er aber jetzt, in den Zeiten der Not, um jeden Pfennig zur Lebensexistenz streiten.

Auf der anderen Seite zeigt aber die Anschwellung dieser Zahl auch die außerordentliche Sparwut, von der die Versicherungsträger befallen werden, aufgestachelt durch die andauernde Kritik der reaktionären Presse.

Allein an den Oberversicherungsämtern ist die Zahl der anhängigen Verfahren von 279 000 auf 356 000 gesteigert worden, und hierbei ist die Unfallversicherung am stärksten beteiligt.

Durch diese auffällige Veröffentlichung dieser Zahlen soll ganz offenbar der öffentlichen Kritik weiterer Anlaß gegeben werden, gegen die hohen Zahlen von Verfahren anzukämpfen. Schon seit langem beschäftigen sich gewisse Kreise, darunter auch der sozialdemokratische Pressedienst, mit dem Gedanken, die Rechtsmittelmöglichkeiten der Versicherten einzuschränken.

Die letzte Notverordnung macht hierin bereits den Anfang, indem den Versicherungsträgern, Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten das Recht erteilt wird, endgültige, formlose Bescheide herauszugeben, die also im Rechtsmittelverfahren unanfechtbar werden bei Einstellung der Rentenzahlung.

Hier heißt es für die Versicherten, wachsam zu sein und jeden weiteren Versuch, die Rechtsmittelmöglichkeiten einzuschränken, wie dieses bereits in der Arbeitslosenversicherung geschehen ist — wie durch die Regierung

Wissell/Müller im Jahre 1929, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Zöllig.

*

Notwendige Reform der RVC

Das Reichsversicherungsamt ist die Aufsichtsbehörde für die Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten, zugleich aber auch oberste Spruchbehörde in Streitigkeiten gegen die Versicherungsträger. Als Aufsichtsbehörde muß das RVC entsprechend dem jetzigen Abbauwillen der Regierung bei den Landesversicherungsanstalten auf möglichste Einschränkung der Ausgaben drängen.

Nun ist der Senatspräsident Fuisting sowohl mit der Beaufsichtigung der Landesversicherungsanstalten beauftragt (als solcher ist er auf den Tagungen und Ausschuß-Sitzungen Freund und Berater der Landesversicherungsanstalten) als auch zu gleicher Zeit Vorsitzender des 8. Revisionsssenats in Invalidenstreitsachen.

Dieses Verhältnis ist ein untragbares. „Die Zweiseelentheorie eines Juristen steht ja doch nur auf dem Papier.“ In entscheidenden Momenten werden sie sich nicht freimachen können von den ihnen zugewiesenen Aufgaben als Aufsichtsbehörde, auch wenn sie im Revisionsssenat sitzen und dort über einen vielleicht zweifelhaften Anspruch eines Versicherten zu entscheiden haben. Das Zünglein an der Waage neigt doch dann allzu stark nach der Seite des Versicherungsträgers.

Diese Wahrnehmung glauben wir gerade in den letzten zwei Jahren am RVC machen zu müssen, wo solche zwei „Seelenmenschen“ zu wirken haben.

Bei einer wirklichen Reform der RVC würde hierin Wandel geschaffen werden müssen. Diese beiden Funktionen müssen getrennt werden.

Zöllig.

Der Prozeß des Stadtbaurats

Berlin, 13. Januar.

In dem Beleidigungsprozeß, den der Stadtbaurat Wagner gegen den Bauunternehmer Schreiber angestrengt hat — wegen der Behauptungen, er sei bestechlich, er habe während seiner amtlichen Tätigkeit für den Magistrat Berlin gleichzeitig von Privatarchitekten Honorare erhalten, die in Wirklichkeit eine Begünstigung für erteilte Bauaufträge darstellten, er habe von der Gehalt für den Bau der Hufeisensiedlung in Britz 140 000 M. erhalten, und ähnlicher Behauptungen mehr — wurden heute vor dem Einzelrichter beim Amtsgericht Berlin-Mitte etwa anderthalb Dutzend Zeugen vernommen. Wegen der Behauptung Wagners, daß der Angeklagte das Parteimitgliedsbuch zu dunklen Geschäften ausgewertet habe, hatte Schreiber gegen den Stadtbaurat Widerklage erhoben. Während die Zeugen, die Schreiber zu seiner Behauptung ins Feld führte, im wesentlichen in seinem Sinne versagten, bekundeten die für die Behauptung Wagners von den „dunklen Geschäften“ vernommenen Zeugen ziemlich übereinstimmend, daß Schreiber für seine Verwendung bei der Beschaffung einer Hauszinssteuerhypothek sich eine Provision von 12 Prozent habe versprochen lassen. Das sei ganz ungehörig, weil für die Hauszinssteuer überhaupt keine Provision berechnet werden dürfe.

Einigungsvorschläge, die der Vorsitzende machte, wurden von Wagner abgelehnt, weil er entgegen dem Ergebnis der Beweisaufnahme eine Ehrenerklärung des Schreiber abgeben sollte. Der Kläger erklärte wiederholt, daß er eine solche Erklärung mit seiner Überzeugung nicht vereinbaren könne.

Bei Redaktionsschluß waren die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

„Gemeingefährliche Handlungen“

Verhandlungen im Strafrechts-

Ausschuß

TU. Berlin, 13. Januar

Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Kahl (DVP) setzte der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform am Mittwoch die Beratung des Abschnitts über die gemeingefährlichen Handlungen fort. Die neu vorgesehenen Bestimmungen des Paragraphen, der die Sabotage lebenswichtiger Betriebe zum Inhalt hat, wurden nach ausführlicher Aussprache mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten völlig gestrichen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform wurde diejenige Bestimmung der Vorlage, die die vorsätzliche Gefährdung fremden Lebens bestrafen will, trotz des Hinweises eines Regierungsvertreters, daß dieser Paragraph nur die allerschwersten Fälle treffen soll, mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten endgültig gestrichen. Nach unveränderter Annahme einiger anderer Punkte im Sinne der Vorlage vertagte sich der Ausschuß.

„Angriff“-Verbot aufgehoben

Berlin, 13. Januar.

Auf die Beschwerde des „Angriff“ hin hat der Reichsinnenminister am Mittwoch das am Freitag vom Berliner Polizeipräsidenten erlassene Verbot des „Angriff“ aufgehoben.

Pfälzischer Textilschieds-spruch verbindlich

Neustadt a. d. Haardt, 13. Januar.

Der Schlichter für die Pfalz erklärte heute den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Ludwigshafens für die pfälzische Textilindustrie vom 30. Dezember 1931 für verbindlich. Durch diesen Schiedsspruch wird der Ecklohn in der pfälzischen Textilindustrie von 62,5 auf 58 Pfennig, d. h. um 7 1/2 Prozent gesenkt. Die neuen Löhne gelten vom 1. Januar 1932 und sind erstmalig am 30. April 1932 kündbar.

Russische Trustleitung verhaftet

Moskau (über Kowno), 12. Januar.

Amlich wird mitgeteilt, daß die gesamte Leitung des Speisungs-Trusts, der die gesamte Eisenbahnarbeiterschaft in der Ukraine mit Lebensmitteln versorgt, ihrer Stellung entzogen und verhaftet wurde. Die Leitung des Trusts wird beschuldigt, falsche Angaben an die Regierung über die Erfolge ihrer Arbeit gemacht zu haben. In Wirklichkeit soll die Leitung des Trusts Staatsgelder veruntreut haben.

Verleumdungsfeldzug gegen Trotzki

Moskau (über Kowno), 12. Januar.

Der zweite Gehilfe Stalins, Postychew, hielt in einer Parteiversammlung in Moskau eine Rede gegen Trotzki. Er sagt, man verurteile, die trotzkistischen Ideen aus Konstantinopel nach Rußland einzuschmuggeln und dadurch die Einheit der Partei zu sprengen. Die Stellungnahme Trotzki's zu den innerpolitischen Verhältnissen in Deutschland beweise, daß Trotzki aufgehört habe, revolutionär zu sein. Sein Platz sei daher nicht mehr in der Partei von Lenin und Stalin, sondern in der Partei von Breitscheid und Wels.